

GEGENARGUMENTE

zu Rassismus und Nationalismus

Inhalt

| | |
|--|-----------|
| Über den Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und demokratischem Staatsbürgerbewusstsein: Woher kommt und wie geht Rassismus?..... | 2 |
| Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon..... | 7 |
| Herrn Thilo Sarrazins herrschaftliche Durchmusterung des Volkkörpers auf seine Nützlichkeit für Staat und Kapital mit dem Befund „bedingt tauglich!“ – Wo ist da der „Skandal“? | 10 |
| Das Attentat in Norwegen: Ein Blutbad zur Rettung des christlichen Abendlandes | 12 |
| „Brauner Terror“ gegen Zuwanderer nach Deutschland: Wie und warum konnte es dazu kommen angesichts der rechtsstaatlich einwandfreien Ausländerpolitik in unserer wehrhaften Demokratie? | 16 |

Über den Zusammenhang von Ausländerfeindlichkeit und demokratischem Staatsbürgerbewusstsein

Woher kommt und wie geht Rassismus?

Wenn fanatische Fremdenhasser Schwarze aus U-Bahn-Zügen werfen, Türken drangsaliieren oder Asylantenwohnheime in Brand stecken, dann sind sich verantwortungsbewußte Zeitgenossen von links bis rechts einig: Hier liegt eine moralische Entgleisung vor, die zum Bild unserer schönen Demokratie nicht passt und die Gesinnung der „überwiegenden Mehrheit“ keineswegs widerspiegelt. Die Linken warnen vor der Überschreitung aller gültigen Wertmaßstäbe und erinnern – „Wehret den Anfängen!“ – an Auschwitz, eine Konsequenz, vor der das normale Gerechtigkeitsempfinden doch spätestens zurückschrecken müsste. Die Rechten, vor allem die in Amt und Würden, verkünden die Unvereinbarkeit von Rassismus und demokratischem Konsens gleich so, dass Nation und nationale Gesinnung gegen hässliche Weiterungen in Schutz genommen werden. Sie betonen den Unterschied, der zwischen verständlicher „Angst vor Überfremdung“ und verwerflicher, höchstens früher oder anderswo anzutreffender „ethnischer Säuberung“ doch immerhin bestehe; und den Übergang zu Rassismus und Verfolgung Andersartiger – der seit Kriegsende als schlechthin unerklärlich galt – möchten sie mittlerweile sogar jeder Erklärung entziehen. Wer überhaupt Gründe dafür sucht, warum ganz normalen und braven Staatsbürgern unter gewissen Umständen auch Ausländerjagden und KZ's einleuchten, der soll schon der einzigartigen Unmoral solcher Ereignisse nicht gerecht werden; er setzt sich dem Verdacht aus, in seinem „Rationalismus“ die Unmenschlichkeit verständlich zu finden, letzten Endes also selbst auf dem Sprung zur Massenvernichtung zu stehen. Recht haben beide Parteien nicht. Über die Herkunft des Rassismus Bescheid zu wissen, ist nämlich die Voraussetzung dafür, seinen „Anfängen zu wehren“, statt sich vor dem übernächsten Übergang – der offenbar vorstellbar ist – zu grauen und rückblickend den vorigen Normalzustand des staatsbürgerlichen Gemüts für noch unverfänglich zu halten. Und an den Regeln der demokratischen Moral kann sich eine solche Erklärung sowieso nicht blamieren, da sie gerade den Zusammenhang zwischen Moralität und deren Entgleisungen zum Gegenstand hat.

Rassismus unterstellt eine patriotische Gesinnung: Die Verwandlung der staatlich organisierten Zwangsgemeinschaft in ein nationales Kollektiv

Was den Verteidigern der gewohnten Spielregeln im staatlichen Miteinander nicht auffallen will, ist im Grunde recht einfach. Die Abneigung gegen *nicht* Hierhergehörige, deren Endpunkt das Aussortieren nach rassistischen Kriterien ist, unterstellt ja wohl, dass auf der eigenen Seite eine *Zusammengehörigkeit* reklamiert wird, die in der äußeren Zugehörigkeit zu einem bestimmten Staat, seinem Wirtschaftssystem usw. nicht aufgeht.

a) Wer in Deutschland, Frankreich, Amerika oder sonst wo lebt, findet sich den verschiedensten Zwängen unterworfen, innerhalb derer er in Anspruch genommen wird. Hat er zu wenig Geld, ist er auf Arbeit für andere verwiesen, die ihn nicht gerade bereichert; das verdiente Geld ist allemal genug, um in der Funktion des Steuerzahlers zur Kasse gebeten zu werden; der absehbare Unmut prädestiniert zum Urnengang, wo den Parteien die Auswahl des Regierungspersonals erleichtert wird; gelegentlich steht auch das Strammstehen nebst Heldentod ins Haus, weil die Verteidigung solch prächtiger Lebensbedingungen kaum von der Minderheit erledigt werden kann, die wirklich was davon hat. Und gewiss haben all

diese objektiven Umstände sowohl Gemeinsamkeiten wie Gegensätze zwischen den beteiligten Individuen zur Folge, die ihren jeweiligen Interessen entspringen. Bloß ist ebenso klar, dass *diese* Zugehörigkeit zu einem wirtschaftlich, rechtlich, politisch vorgegebenen Zwangszusammenhang weder eine sonderliche Ergriffenheit von „nationaler Identität“ noch das Bedürfnis hervorbringt, andere vom „eigenen“ Laden auszuschließen. Dazu gehört schon, sich die *wirklichen* Pflichten eines kapitalistischen Staatswesens – denen man nachkommt, weil von ihrer Erfüllung die eigene Existenz abhängt – als *moralische* Pflichten zu denken, die man verantwortungsbewusst als Beiträge zu einem allseitigen Gemeinschaftswerk übernimmt.

b) Dass es dieses höhere Ganze überhaupt *gibt*, dem dann Staat, Wirtschaft bis hinunter zum „kleinen Mann“ lauter mehr oder weniger ehrenwerte Dienste entrichten, erschließt sich zwar nur dem moralischen Blickwinkel. Aber abgesehen davon, dass ohne solche Überhöhungen die wirklichen Dienste an ihrem Ertrag gemessen und schlecht abschneiden würden – für das Mitmachen im Getriebe ist das falsche Bewusstsein also notwendig –, ist die Vorstellung der „nationalen Gemeinschaft“ oder des „Allgemeinwohls“ auch noch in fataler Weise produktiv. Sie rechtfertigt die unübersehbaren Gegensätze zwischen den gesellschaftlichen Interessen, die Unterschiede im Verhältnis

von Leistung und Lohn, die am Eigentum hängen, die Hierarchie der Berufe und Einkommen vom Standpunkt und im Namen des Gemeinwesens, dass das alles braucht – ein jedes und einen jeden als ehrenwerten Beitrag zum Gelingen des Ganzen. Im Einzelfall mag sich ein jeder persönlich irgendwo ungerecht eingeordnet vorkommen; aber dass die nationale Gemeinschaft für eine Ordnung zu sorgen hat, *in die* jedermann einsortiert *gehört*: das steht außer Zweifel. Damit erübrigt sich jeder Blick auf die *Mittel*, mit denen verschiedene Sorten Bürger ausgestattet sind und die für eigentümliche *Abhängigkeiten* sorgen: Als *Ordnung*, nämlich von Rechten und Pflichten, die eine funktionierende Gemeinschaft braucht und für die deren Obrigkeit zu sorgen hat, mehr noch: auf die jedes Mitglied, gleich welchen Standes und Stellenwerts, *ein Recht hat*, ist alles anerkannt.

Entlang dieser nationalmoralischen Weltanschauung werden die gesellschaftlichen Verhältnisse beurteilt, Unterschiede entdeckt und Ausgrenzungen vorgenommen: Dieses Rechtsbewusstsein sortiert sich die Welt zurecht.

a) Wenn schon die „Unterschiede“ zwischen Reichen und Armen, Unternehmern und Arbeitern, Grundbesitzern und Obdachlosen grundsätzlich in Ord-

nung gehen, dann trifft das „Schicksal“, das den einen hier und den anderen dort einordnet, zwar hie und da den Falschen, grundsätzlich aber den Richtigen – zumindest *sollte* es so sein, und das läuft auf dieselbe Überzeugung hinaus: Die national organisierte Auslese und Verteilung der Leute auf die gegebene Hierarchie von „ganz unten“ bis zur „Elite“ ist nicht das, was sie ist, sondern durch den Anspruch definiert, *jedem das Seine* zuzuteilen. Alle Ausnahmen bestätigen die Regel, dass in einer guten Volksgemeinschaft ein jeder das werden soll und letztlich auch wird, was er – „je schon“ – ist. Für diese Überzeugung muss niemand das Erfolgsgen für Millionäre, Schuster oder Politiker entdeckt haben (es langt schon, dass der Wahn, es gäbe so etwas, allemal auf zustimmendes Interesse stößt!). Das Einverständnis mit dem *Ergebnis* gibt den „Rückschluss“ auf die gegebene *Ausstattung* der Individuen her – so dass am Ende der fertige Kapitalismus wie die vollendete Ausschöpfung der natürlichen Vielfalt von Begabungsreserven aussieht.

Konrad Hecker

Der Faschismus und seine demokratische Bewältigung

München 1996

354 Seiten A5, 20,- €

ISBN:978-3-929211-02-3

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr.88, 81675 München
(089) 2721604

gegenstandspunkt@t-online.de
gegenstandspunkt.com

Das ist die erste Spielart des Rassismus: die Interpretation der gesellschaftlichen Charaktere als natürlich bedingte Unterarten der Gattung Mensch.

b) Auch wenn die gesellschaftliche Welt so etwas wie die natürliche Ordnung der Dinge und Menschen ist, so ist sie doch noch lange nicht in Ordnung. Dem prinzipiell harmonischen Gemeinwesen fehlt es an allen Ecken und Enden an Harmonie: Tarifpartner zanken sich; jeder beschwert sich über irgendetwas; die Parteien sind zerstritten statt einig – was ist da los? Der gute Mensch kennt die

Antwort noch vor der Frage: Quer durch alle Stände und Schichten, Geschlechter und Klassen unterscheiden sich die Leute nach ihrer *Gesinnung*, nach dem Pflichtbewusstsein, mit dem sie ihren Platz im Ganzen ausfüllen. Überall gibt es Gute, die der Gemeinschaft dienen und sie zusammenhalten, und Schlechte, die den sozialen Frieden mit ihrem Egoismus stören. Die überflüssige Frage, *warum* es die gibt, ist mit der Tatsache, *dass* es sie gibt, auch schon beantwortet: Genau wie die Begabung zum Schreiner oder zum Mathematikgenie, so liegt der Charakter, wie der Name schon sagt, im Blut. Verbrechen kommt aus der kriminellen Energie; und die hat einer entweder, oder er hat sie nicht. Im Unterschied zu anderen Begabungen geht diese allerdings nicht in Ordnung: Die Unterart der unanständigen Menschen – soweit die zweite Spielart des Rassismus – gehört zur Ordnung gezwungen oder aussortiert.

c) Immerhin gehören selbst die Bösen, gewissermaßen als genetischer Bodensatz, noch zu „*uns*“: zu der Volksgemeinschaft, die sich prinzipiell harmonisch organisiert und jeden an seinen Platz stellt. Anders verhält es sich mit „*den andern*“, auf die der Blick des treuen Genossen der nationalen Genossenschaft – sei es über die Medien, sei es beim Besuch ferner Strände, sei es mitten unter „*uns*“, weil der Staat auch Fremden ein Bleiberecht gewährt – immer wieder fällt. *Fremd* sind die Fremden – nicht, weil sie es mit den gesellschaftlichen Verhältnissen bei sich zu Hause groß anders halten als „*wir*“, oder weil sie hierzulande etwas Sachfremdes oder Abweichendes tun, sondern weil ihr Pass ihnen die Zugehörigkeit zu einem anderen Volk bescheinigt. *Jener* Gemeinschaft und *deren* Werten sind sie verpflichtet, nicht der hiesigen; *dort* kommt denen zu, was ihnen zusteht – und *was* ihnen zusteht, ist selbst dann etwas völlig anderes, als was der nationale Verein hierzulande seinen ehrenhaften Mitgliedern schuldet, wenn es letztlich doch bloß um ein- und dasselbe, nämlich ums Geld geht: Sogar am Reichtum in seiner abstraktesten Form verblasst der Unterschied, *wem er gehört*, neben der völkischen Unterscheidung zwischen „*unserm*“ und „*deren*“ Geld. So fundamental ist die ideelle Grenze zwischen „*uns*“ und denjenigen, die – ob arm oder reich, gut oder böse – einfach nicht hergehören. Sie ist so fundamental, dass noch weniger als bezüglich der inneren Differenzierung des Volkes die Erinnerung an ihren wirklichen Grund am Platz ist. Wer sich die Nation als sittliches Gemeinwesen vorstellt, der ist unendlich weit erha-

ben über die Tatsache, dass die Scheidung zwischen In- und Ausländern ihren einzigen Grund in der begrenzten Reichweite der staatlichen Gewalt hat. Das zuzugeben, hieße ja, alle moralischen Gesichtspunkte des Einverständnisses mit der Nation und ihrer Gesellschafts„*ordnung*“ „auf die Füße“ zu stellen, also wegzuworfen. Statt als Mitglied einer Zwangsgemeinschaft wähnt der gute Bürger sich in dem vorzüglichen Status, Ehrenmitglied in einem Verein namens „*Volk*“ zu sein, den niemand in dem Sinn gegründet hat – das Volk gibt doch umgekehrt der Veranstaltung, die Staat heißt, erst Sinn und Aufgabe. Unter anderem die, den Verkehr mit fremden Völkern gedeihlich zu gestalten, die genauso absolut und letztlich unableitbar „*anders*“ beschaffen sind – höchstens, dass einzelnen gestattet wird, sich zu „*assimilieren*“ und am Ende, am besten erst in der zweiten oder dritten Generation, welche „*von uns*“ zu werden. Denn zuallererst muss man in so einem Individuum den Ausländer sehen; und wenn man's lieber umgekehrt hält, ist er deswegen immer noch kein Inländer – damit würde man ihm und seiner Volksnatur auch gar nicht gerecht... Das ist Rassismus in seiner dritten, gründlichsten Spielart: Die Volkszugehörigkeit unterscheidet die Gattung Mensch, noch vor den *Unterarten* der unterschiedlich Begabten und der unterschiedlich Guten, in national verschiedene *Arten*; diese Art hat jeder Mensch, gewissermaßen als seine erste Naturausstattung, an sich dran und in sich drin. *Wie* krause Haare eben, oder woran immer Zoologen den einen Homo vom andern unterscheiden mögen. d) Die Ausgrenzung und Verachtung der Fremden stößt auch Leuten, die an der moralischen Gemeinschaftsidee sonst nichts auszusetzen finden, hie und da auf – weil so etwas ihr *gutes Bild* der Gemeinschaft stört. Sie sind Parteigänger „*sinnvoller*“ und Gegner „*ungerechter*“ Unterscheidungen, was ihre Kritik am Rassismus in jeder Hinsicht sehr *bedingt* ausfallen lässt. Rückblickend gilt es etwa als bedeutender Einwand gegen die Judenverfolgung im Dritten Reich, dass damals ausgerechnet die fähigsten und willigsten Volksgenossen als volksfremd ausgestoßen und vernichtet wurden. Die *Elite des deutschen Geistes* – Physiker, Autoren, Unternehmer, verdiente Weltkrieg-I-Veteranen mit beispielhaftem Nationalstolz – aus reinem „*Rassedünkel*“ verloren; überaus kritikwürdig! Was dieselben Kritiker wohl einzuwenden wüssten, wenn sich unter den Juden weniger Vorzeigedeutsche befunden hätten? Vielleicht das, was in der jüngeren Vergangenheit das Bleiberecht von Türken und

anderen Südländern so nachdrücklich unterstreichen durfte: dass sie immerhin die *Drecksarbeiten* erledigen – Müllabfuhr und so –, für die sich kein Deutscher mehr hergeben mag? Auch diese Zurückweisung des „Vorurteils“, wonach Angehörige anderer Völker grundsätzlich Verdacht hinsichtlich ihrer Eignung und Gesinnung verdienen, kritisiert den Rassismus nicht. Sie scheidet nur die ungerechtfertigte Aussonderung von der gerechtfertigten, an der auch die Kritiker nicht rütteln mögen. Am Ende zieht sich die Kritik auf die ganz abstrakten Weisheiten zusammen, die man heutzutage vorwiegend hört: „Ausländer sind *auch Menschen*“, bzw. „Alle Menschen sind Ausländer, *fast überall*“. Das wird diejenigen, die im Menschen den Ausländer und das vor allem dort, wo er nicht hingehört, herauskennen, schwer erschüttern. Und genau genommen unterschreiben solche Sprüche die naturwüchsige Differenz ja auch, die wegen der allerdünnsten „Gemeinsamkeit“ dann nichts weiter bedeuten soll.

Die National-moralische Art der Kritik:

Die Verwandlung von Unzufriedenheit in die Suche nach Schuldigen

Rassismus: das ist der polit-moralische, Volks- und andere sittliche Charaktere unterscheidende Blick auf die staatlich durchorganisierte und durchsorierte Menschheit. Er ist das Menschenbild der vaterländischen Gesinnung, daher jedem affirmativen Staatsbürgerbewusstsein immanent; also selber ein Produkt der politischen Zwangsvereinigung, von der er nichts wissen will. Was dieser Blick so alles wahrnimmt und in welcher Schärfe, das bleibt daher nicht unberührt, wenn die zugrundeliegende sittliche Haltung in dem Maße, in dem sie Grund zu nationaler Unzufriedenheit findet, ihre polemischen Qualitäten offenbart.

a) Seine aktuellen Stichworte entnimmt der Patriotismus stets dem Katalog der Verhältnisse, mit denen einer unzufrieden ist; aus der Unzufriedenheit bezieht er seinen Elan – aus befriedigtem Materialismus dürften wohl die wenigsten bekennende Vaterländer geworden sein. Und da zeigt sich sogleich, dass das Pochen auf Pflichterfüllung und moralische Intaktheit durchaus ein *Anspruchsdenken* ist und nach Taten ruft. Und zwar – denn anders sind Misserfolge braver Bürger und Drangsale, unter denen gute Volksgenossen mitten im heimischen, dem Wohl des Volkes verschriebenen Gemeinwesen leiden, gar nicht zu erklären!

– gegen *Schuldige*, die das eigentlich doch für alle gedeihliche Zusammenwirken von Regierung und Regierten, von Investitionen und Arbeitsbereitschaft, von Schule und Elternhaus ... *stören*.

b) Die Figuren, die der beleidigte Patriotismus da *erfindet*, findet er auch ziel sicher *auf*. Bei kritischer Betrachtung seiner Volksgemeinschaft fällt ihm an vielen Stellen ein Egoismus auf, der eine ordentliche Sortierung der Leute verfälscht und durchkreuzt, sich unverdient Leistungen der Gemeinschaft ergattert, verlangte Gegenleistungen hingegen schuldig bleibt – und die guten Mitglieder, *alle* Anständigen, sind die Betrogenen. Keinem anerkannten Stand wird damit zu nahe getreten – es gibt sie überall: unter Millionären schmarotzende Spekulanten neben arbeitsplatzschaffenden Investoren, unter den Obdachlosen unverschuldet in Not geratene Mitmenschen ebenso wie verkommene Subjekte. Solche Unterschiede verblassen allerdings neben der Entdeckung, die manches Mitglied der Volksgemeinschaft immer wieder machen muss: Da gibt es welche, die *überhaupt* nicht hierher gehören. Die „machen sich breit“; nicht, weil sie sich „breiter“ machen würden als andere, sondern weil sie schon zu „breit“ sind, wenn sie überhaupt *da* sind. Unter diesem Gesichtspunkt sind sie an allem schuld, was einen unzufriedenen Staatsbürger stört: *Sie* nehmen den Einheimischen Arbeitsplätze, Frauen und Wohnungen weg; *sie* bringen Durcheinander, Sittenverfall und Rauschgift ins Land; *sie* kriegen reingestopft, wonach ein bodenständiger Bürger entweder gar nicht fragt oder lange anstehen muss... Solche Leute müssen sich gar nicht erst gegen irgendwelche Gesetze vergehen – wenn sie das dann auch noch tun, passt es *bei denen* ins Bild! –, um den aller ersten und grundsätzlichsten staatsbürgerlichen Dienst schuldig zu bleiben, nämlich verantwortliches Mitglied der Volksgemeinschaft zu sein. Ohne Mitgliedskarte, ohne jedes Recht also. da zu sein, sind sie einfach da und stören schon damit den Gleichklang derer, die sich über gar nichts erst einig werden müssen, um eine einige Gemeinschaft zu *sein*. Nur gut, dass der sensibilisierte Inländer sie gleich herauskennt – an „Rassemerkmalen“ in dem banalen Sinn zufälliger Äußerlichkeiten, die mit dem polit-moralischen Inhalt des Rassismus, der Scheidung der Leute nach Volksgemeinschaften, gar nichts zu tun haben außer eben dies, dass man die Nicht-Hergehörigen daran herausfindet; deshalb macht es auch gar nichts, wenn man da öfters danebenhaut.

c) So bringt die Suche nach den moralisch Schuldigen an ungunstigen Verhältnissen im guten Heimatland den staatsbürgerlichen Rassismus auf den Punkt. Natürlich kann der unzufriedene Patriotismus zwischen einheimischen Missetätern und Fremden unterscheiden. Wenn es aber um die intakte Gemeinschaft geht, als welche der Bürger sich seine Nation denkt, dann stellt sich schnell heraus, welche Abgrenzung die fundamentalere ist: Das eine sind die Schweine, die zu „uns“ wie zu jedem Verein gehören und dementsprechend behandelt werden; das andere sind die, die nicht einmal in ihren edelsten Exemplaren die Grundbedingung erfüllen: *dazuzugehören*. Und sind nicht die einheimischen Störer, jedenfalls die, die der nationalen Harmonie Schaden zufügen, bei näherer Betrachtung „Zugereiste“, die durch ihre außerbayrische Klangfärbung oder ihr unsächsisches Aussehen auffallen – am Ende also: Fremde, jedenfalls volksfremde Elemente? Können umgekehrt Volksfremde im eigenen Land letztlich etwas anderes sein als eine Störung – auch wenn man es ihnen persönlich vielleicht gar nicht übel nehmen kann.

Albert Krölls

Das Grundgesetz ein Grund zum Feiern?

Eine Streitschrift gegen den Verfassungspatriotismus

VSA-Verlag

Hamburg 2009

221 Seiten, 16,80 €

ISBN-10: 3899653424

ISBN-13: 978-3899653427

d) Übelnehmen muss man auf jeden Fall dem Staat, dass er sie zur Störung werden lässt, statt dem Harmoniebedürfnis seines unzufriedenen Volkes durch saubere Sortierung Genüge zu tun. Wer diesen Skandal nicht auf sich beruhen lassen will, der steht an einem Scheideweg. Entweder er gibt sich einen Ruck

oder säuft sich Mut an, nimmt mit Gleichgesinnten selbst in die Hand, was die Staatsmacht schuldig bleibt, und demonstriert handgreiflich, wer Herr im Hause ist und wo die andern hingehören, nämlich weg. Allerdings ist das ein Verstoß gegen das staatliche Gewaltmonopol, insofern eine Gesetzeswidrigkeit und deswegen nicht jedermanns Sache. Der weiterführende Weg ist der in die Politik – denn so wirksam wie die öffentliche kann die private Gewalt doch nie werden.

Freerk Huisken

Über die Unregierbarkeit des Schulvolks

Rütli-Schulen, Erfurt,

Emsdetten usw.

VSA-Verlag

Hamburg 2007

175 Seiten, 12,80 €

ISBN-978-3-89965-210-9

e) Der Übergang zur ausländerfeindlichen Praxis ruft wieder eine Kritik auf den Plan, die ihm seine Notwendigkeit bestreiten will. Dabei handelt es sich freilich – wie beim Unbehagen am rassistischen Sortieren – nicht um *seine* Notwendigkeit, sondern um das, was im Rahmen des nationalmoralischen Weltbilds für notwendig befunden und alternativ auch verworfen werden kann. Die Polemik gegen die „Überfremdung“, die den Einheimischen das Erlebnis einer intakten Volksgemeinschaft versäuert und somit das Leben zusehends schwerer macht, lässt sich beispielsweise auch umkehren. Kritische Menschen, zumal Linke, verbreiten dann das Idealbild einer „multikulturellen Gesellschaft“ und setzen der Engstirnigkeit des Fremdenhasses die Vorstellung der Bereicherung entgegen, die einem die Begegnung mit ausländischen Bräuchen, Speisen usw. vermitteln soll. Das schlichte Gegenteil eines Fehlers ist leider selbst einer: Wer die friedliche Koexistenz verschiedener Nationalcharaktere für möglich und wegen ihrer unbeschreiblichen Andersartigkeit sogar für besonders lohnend hält, der glaubt ja ebenso fest an die Mär von der „völkischen Identität“ wie die Spießbürger, deren Ressentiments er als vollkom-

men abwegig abtun möchte. Das trifft auch für die Spielart des „Multikulti“-Ideals zu, die manche Zeitgenossen statt zu Ausländerfeinden zu *Ausländerfreunden* werden lässt. Individuen mögen ja für den einen oder die andere mehr oder weniger liebenswerte Eigenschaften haben, ihr Ausländersein gehört dazu – genau wie umgekehrt das Dasein als Inländer – jedenfalls nicht. Wer sich das einreden will, beweist nur ein weiteres Mal, dass ihm der besagte Unterschied eben nicht egal, sondern ungeheuer wichtig ist. Nicht aus den erfundenen persönlichen Beweggründen, sondern weil auch Internationalisten es nicht aushalten, sich die Volkszugehörigkeit, die eigene wie die der andern, anders denn als Auftrag zu moralischer Vorbildhaftigkeit zu denken. Gemeinsam ist beiden Varianten des alternativen Patriotismus die Verkenning des Rassismus als „Vorurteil“, das jeder sachlichen Grundlage entbehre und von dem die Kritiker sich stellvertretend für andere freimachen wollen. Die *Verfehlung seines Gegenstands* ist nämlich das Letzte, was man einem Rassisten vorwerfen kann, der sich bei seiner Suche nach Schuldigen und der Fahndung nach nicht-völkischen Eindringlingen keineswegs durch die Eigenart seiner *Opfer* beirren lässt. Hier liegen weder „falsche Verallgemeinerungen“ noch eingefleischte Irrtümer vor, die sich durch Erfahrungen oder sachverständigen Einblick in den „Sinn“ auswärtiger Besonderheiten korrigieren ließen. Selbst rassistische Theorien – ohnehin nicht der Normalfall des Ausschlussurteils gegen Fremde – setzen den nationalen Unvereinbarkeitsbeschluss voraus und begründen ihn nicht. Wenn also etwas an der Sache vorbeigeht, sind es z.B. von Rassismusgegnern gern zitierte Ergebnisse der modernen Anthropologie, wonach es gleich gar keine Unterschiede biologischer Menschenrassen gebe.

Die Leistung des Rassismus für die Politik und umgekehrt

Die Staatsmacht richtet ihre Politik nicht unbedingt an dem moralisch-affirmativen Vers aus, den ihre Bürger sich darauf machen; aber sie legitimiert sich daran und sorgt damit für die jeweils zeitgemäße Schärfung des „gesunden Volksempfindens“. Wer von ihr nichts anderes einklagt als die Bedienung des Glaubens, sie hätte keine höhere Aufgabe als die – wenn nötig gewaltsame – Durchsetzung von Harmonie im nationalen Laden, der wird von keinem Politiker abgewiesen; im Gegenteil. Sein Rassismus ist nicht bloß ein Produkt der staatli-

chen Zwangsgemeinschaft mit ihrem polit-moralischen Gemeinschaftsgeist, er ist auch offiziell gepflegtes staatliches Bekenntnis. Und genauso, wie es den unzufriedenen Staatsbürger zu patriotischen Taten drängt, so greift auch ein Staat, dem es darauf ankommt, zu einer Praxis, die dem Rassismus Recht gibt und ihn sachgerecht zuspitzt.

a) So findet der unzufriedene Staatsbürger mit dem Ausländerhass, den seine patriotische Parteilichkeit ihm eingibt, bei den Machern des Staates allemal offene Ohren. Die hören, zu Recht, nichts als das Echo ihrer Versprechungen heraus, den Nutzen *ihres* Volkes zu mehren, und haben Verständnis, selbst wenn sie bremsen. Denn genaugenommen ist es ohnehin so, dass die Unzufriedenheit im Volk sich nach Anlass und Stoßrichtung an den „Themen“ orientiert, die die nationale Öffentlichkeit beherrschen; das wiederum bestimmt niemand so nachdrücklich wie diejenigen, die sowieso „das Sagen“ haben. Im Großen und Ganzen ist daher Verlass darauf, dass der Bürgersinn seinen Rassismus in dem Maß mobilisiert, in dem er zur öffentlichen Meinung wird – weniger umgekehrt.

b) Wie sehr das der Fall ist und wie viel politische Tat daraus wird – oder auch: wie weit einer kommt, der mit dem Vorwurf der Volksvergessenheit an die Regierenden die herrschenden Parteien aufmuntert oder eine eigene Partei aufmacht –, das entscheidet sich an den Erfolgen und Drangsalen der Nation, so wie sie von den dazu Berufenen definiert werden. Die Notlagen des Staatswesens, die sie feststellen und ihrem Volk zur Bewältigung auftragen, tangieren dann kräftig die Lebensumstände der verschiedenen Schichten und Stände im Volk, machen gewohnte Techniken und Standards des Zurechtkommens kaputt und sorgen für Unzufriedenheit im Volk.

Eben deswegen werden die Bürger in solchen Lagen besonders gut versorgt: Gerade in „schweren Zeiten“ darf die Stimmung im Land nicht durch die Feindschaft beschädigt werden, die Ausländer nun einmal auf sich ziehen, und das ungetriebene Verhältnis zwischen Volk und Führung nicht unter der Provokation leiden, die ein unbereinigtes „Ausländerproblem“ unweigerlich darstellt. Je mehr die nationale Führung sich dazu entschließt, die Moral ihres Volkes für die Bereinigung von Notständen in Anspruch zu nehmen, die allemal materiell zu dessen Lasten geht, um so klarer stellt sie die Exklusivität des nationalen „wir“ heraus, indem sie nicht ausdrücklich gewünschte Fremde drangsaliert und wegschickt. Ein

Staat in Not muss sich auf die fraglose „Solidarität“ seiner Volksgemeinschaft verlassen können; deswegen säubert er sie von störenden Elementen – so, als wäre der Glaube an die unvereinbaren nationalen Menschenarten tatsächlich die Wahrheit. In diesem Sinne *praktiziert* die Staatsmacht, wenn es ihr darauf ankommt, den Rassismus, mit dem ihre Bürger sich eben diese Macht des Staates über sie als ihre „Identität“ einbilden – und den sie deswegen *theoretisch* ohnehin heftig betreut. c) Denn dass das Volk nur deswegen eines ist, weil darin Menschen von bestimmter Art zu einer ihrer gemeinsamen Art entsprechend unverwüsthchen Gemeinschaft zusammengeschlossen sind, das ist ebenso fester Bestandteil jeder modernen Staatsdoktrin wie die auf praktische Konsequenzen zielende Schlussfolgerung: dass eine Nation nur dann stark ist und die „Herausforderung“ durch „schwere Zeiten“ meistern kann, wenn ihr Volk sich auf diese Urtugend besinnt.

Die Pflege dieser Volks-Idee muss nicht

gleich soweit gehen, dass dem staatenbildenden Insekt namens Arier in Kunst und Wissenschaft Denkmäler gesetzt werden. Zum eisernen Bestand des politischen Denkens gehört aber das „Geschichtsbewusstsein“ mit seiner eigentümlichen Lehre, dass der freie Staatsbürger am ewigen Gängelband der Notwendigkeiten, Ge- und Verbote der Vergangenheit gehalten wird. Dieses Bewusstsein kommt durchaus ohne Wissen aus, aber durchaus nicht ohne Gedenkfeiern, „Haus der Geschichte“ usw. – Veranstaltungen, die die Abfolge von Ausbeutung und Krieg in der Vergangenheit zur Lebensgeschichte einer durch die Generationen hindurch fortlebenden sittlichen Volksgemeinschaft verklären. Auf dieses fiktive Volks-Individuum bezieht jede Nationalideologie, als *dessen* unveräußerlich-eigentümliches *geschichtliches Recht*, alles, was *die Staatsmacht sich aktuell vornimmt*. Je militanter das Vorhaben, um so mehr handelt es sich dabei mindestens um eine historische Mission. Und um so mehr bekommt, komplementär zum Bild

vom eigenen guten Volk, die Andersartigkeit der Fremden ihre spezifischen Züge. Die haben nämlich öfters das Pech, einem nationalen Aufbruch im Weg zu stehen; sei es, weil sie da sind und nicht dort, wo sie hingehören; sei es, weil ihr Staat seinerseits störende Ansprüche an „die Geschichte“ stellt. Man weiß dann schon, welcher mediokre Menschenschlag hinausgesäubert gehört, damit das gute Volk wieder ganz bei sich sein kann. Und wenn es nach außen geht, dann hat ein Staat für seine *Feindschaft* gegen andere Staaten zwar allemal seine handfesten strategischen Gründe; aber in seiner Abstraktheit gibt das strategische Denken schon alles vor, was das *Feindbild* dann daraus macht: einen „Schicksalskampf“ zwischen Freiheit und sozialistischem Untermenschentum, zwischen Abendland und islamischem Terrorismus, zwischen europäischer Sittlichkeit und balkan-slawischem Völkerhass.

Lesetipp: Der GegenStandpunkt hat sich in verschiedenen Artikeln mit Nationalismus, Rassismus und Ausländerfeindlichkeit befasst:

GegenStandpunkt 4-2000: Anti-Rassismus in Deutschland

GegenStandpunkt 2-2001: Die „Nationalstolz-Debatte“

GegenStandpunkt 1-2002: V-Mann-"Skandal" gefährdet NPD-Verbot

GegenStandpunkt 4-2004: Flüchtlingslager in Nordafrika

GegenStandpunkt 1-2005: Die Union und ihre „Patriotismusdebatte“: Über den notwendigen Zusammenhang zwischen Verblödung und Liebe zum Vaterland

GegenStandpunkt 1-2005: Wahlsieg der NPD

GegenStandpunkt 1-2006: Das Volk: eine furchtbare Abstraktion

GegenStandpunkt 1-2006: Geheim und doch nicht zu übersehen:

Die nützlichen Dienste von CIA, BND und Co. für ihre Demokratien

GegenStandpunkt 2-2006: Der „Wissens- und Wertetest“ für Ausländer

GegenStandpunkt 3-2006: Die „schwarz-rot-geile Fußballparty“

GegenStandpunkt 3-2007: Eine Linkspartei für Deutschland - konservativ, realistisch, machtbewusst, national

GegenStandpunkt 3-2008: „Bild am Sonntag“ - Der geistige Nährstoff für die deutsche Volksfamilie

GegenStandpunkt 2-2010: „Schummel-Griechen machen mit ihrem Schuldendrama unseren Euro kaputt!“

(BILD): Ein Lehrstück über europäischen Nationalismus von oben und unten

GegenStandpunkt 4-2010: Thilo Sarrazins großer Wurf – „Deutschland erwache!“ - reloaded 2010

Der GegenStandpunkt erscheint vierteljährlich und ist erhältlich über den GEGENSTANDPUNKT Verlag, Kirchenstr.88, 81675 München, (089) 2721604, gegenstandspunkt@t-online.de, www.gegenstandspunkt.com oder über den Buchhandel:

in Marburg:

Buchhandlung Elwert, Reitgasse –

Buchhandlung Roppel, Am Markt -

Buchhandlung Roter Stern, Am Grün

und in Gießen: Bahnhofsbuchhandlung

Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon

Anfang November versammeln sich lokale und überregionale Aktionsbündnisse zu Demonstrationen gegen den Aufmarsch diverser Neonazis in einigen Städten. Folgendes Flugblatt des Gegenstandspunkts richtet sich an die antifaschistischen Demonstranten:

Die Nazis passen nicht zu Deutschland – ihre Parolen schon

Neonazis marschieren mal wieder auf. Ihr demonstriert dagegen, dass die Rechtsradikalen undemokratische, ausländergefeindliche, rassistische oder nationalistische Parolen grölen: „Ausländer raus!“, „Volksgemeinschaft statt Globalisierung!“ oder „Arbeitsplätze für Deutsche!“

Einige von euch finden das öffentliche Auftreten von Neonazis mindestens **unwürdig** für Stadt und Land. Ein „brauner Aufmarsch“ hätte in München, Dresden oder Hamburg nichts verloren, er würde zu dem demokratischen Deutschland von heute nicht **passen**, weshalb ihr den Nazis ein „buntes Bündnis“ entgegenstellt. Nur: Habt ihr euch eigentlich schon mal ernsthaft gefragt, **was** da **nicht** passen soll? Habt ihr euch wirklich schon mal Rechenschaft darüber abgelegt, was an dem politischen Programm von Rechtsradikalen, denen ihr die „rote Karte“ zeigen wollt, so grundsätzlich **unverträglich** mit dem offiziellen deutschen Staatsprogramm der Regierung Merkel sein soll?

doku.argudiss.de

Audio-Mitschnitte von
GEGENSTANDSPUNKT-
Veranstaltungen
zur Kritik am
demokratischen Staat,
seiner kapitalistischen
Wirtschaft, dem
Imperialismus,
der bürgerlichen
Gesellschaft und ihrer
Werte

Andere von euch sind dagegen der Meinung, dass sich die Neonazis gar nicht, wie so oft behauptet, „am Rande der

Gesellschaft“ befinden, sondern mit ihren Ideologien die herrschenden Verhältnisse nur auf die „Spitze treiben“. Faschisten kommen nach euren Worten „aus der Mitte der Gesellschaft.“ Bloß: Wie kommt ihr dann auf die Idee, ausgerechnet die rechte Splittergruppe, die von der „Mitte der Gesellschaft“ geächtet und ausgegrenzt wird, zu eurem Hauptgegner zu erklären? Nehmt ihr eure eigene Kritik an dem „ausbeuterischen und nationalistischen Normalzustand“ dieser Gesellschaft überhaupt ernst, wenn ihr ihn vorzüglich und zu allererst bei den Faschisten kritisieren und bekämpfen wollt?

Schaut man sich die Parolen der Braunen einmal an, fragt man sich schon: Gegen welchen demokratischen Konsens verstoßen die eigentlich?

„Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“

Klar, *sagen* tut das *so* niemand unter den gewählten Politikern, sie haben es sogar verboten. Schließlich haben sie ja auch Millionen ausländischer Arbeitskräfte nach Deutschland karren lassen, damit sie ihren billigen Dienst an der deutschen Nation verrichten. Zahllose unter ihnen dürfen das nicht mehr, sie sind überflüssig gemacht worden, weshalb alle regierenden Demokraten heute ein *Ausländerproblem* haben. Tagtäglich verkünden sie, dass „*wir Ausländer brauchen, die uns nützen, und keine, die uns ausnützen.*“ Der Bundespräsident heißt am Nationalfeiertag Ausländer willkommen, *wenn* und *nur* wenn sie sich in Deutschland *nützlich* machen. Sind das keine klaren Ansagen, nach welchen Maßstäben die deutsche Obrigkeit von heute die *Menschen sortiert*? Denn die Umkehrung, dass zigtausende arbeitslos gemachte Ausländer hier eigentlich *nichts mehr verloren* haben, weil sie tendenziell „*in unsere Sozialsysteme einwandern*“, ist in dieser großzügigen Einladung ja mit enthalten. Eine schöne Lebensperspektive für Ausländer – unter den Generalverdacht des *Schmarotzers* am deutschen Sozialstaat gestellt zu werden! Und einige Tausend fliegen jedes Jahr sowieso raus, weil sie den politischen Opportunitäten des Asylrechts oder den Bestimmungen des Ausländerrechts nicht genügen.

Echten *Deutschen* kann das nun tatsächlich nicht passieren; die genießen das Privileg, garantiert bis zur Bahre von der deutschen Herrschaft regiert zu werden, einer Herrschaft, die am *eigenen* Volk seine verlässliche Staatstreue, seine uner-

schütterliche *Parteilichkeit für die deutsche Nation* schätzt – weil sie eine überaus positive Bedingung zum Regieren ist, gerade wenn sich im Volk die Gründe für Unzufriedenheit durch Armut und Elend häufen.

Die deutschen Bürger danken dieses großartige Privileg ihrer Obrigkeit zutiefst, indem sie ungefähr so patriotisch denken, wie es die Nazi-Parole sagt – und zwar im Regelfall umso radikaler, je beschissener ihre soziale Lage ist. Sie haben, arbeitslos oder nicht, die Lektion gelernt, die Unzufriedenheit mit ihrer Lage – und davon kündigen die zahllosen Beschwerden über ebenso zahllose Ungerechtigkeiten – in eine **patriotische Anspruchshaltung** an ihre Obrigkeit münden zu lassen: **Ihr Staat** soll ihnen beistehen in ihrem Elend! Als Deutsche verlangen sie von ihren politischen Herren **Besserstellung** – und das heißt immer, die oberste Gewalt soll mit **den anderen**, in diesem Fall den Ausländern, härter umspringen, auch wenn die die gleiche marktwirtschaftliche Not leiden wie sie selbst.

Aus diesem allgegenwärtigen staatsbürgerlichen Sumpf erwachsen Rechtsradikale: Die nehmen die Erwartung, dass die politischen Herren exklusiv für **sie** zuständig sind, bitter ernst und sind von den Taten ihrer demokratischen Regierung tief enttäuscht. Die Kalkulationen demokratischer Ausländerpolitik deuten sie sich als Schwäche und Verrat an den berechtigten Ansprüchen des deutschen Volkes, so dass sie von eben dieser Staatsgewalt ohne Umschweife und direkt fordern: „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“

„Arbeitsplätze zuerst für Deutsche – sozial geht nur national!“

Was stört euch an dieser Forderung der Braunen nach Arbeitsplätzen? Ist es vor allem das „**zuerst für Deutsche**“? Dieser ausländerfeindliche Zusatz ist der „**Mitte dieser Gesellschaft**“ doch gar nicht so fremd. Die Mehrheit aller Deutschen, die auf Arbeit angewiesen sind, hat ihn im Kopf, wenn sie „3 Millionen Arbeitslose“ und „3 Millionen Ausländer in Deutschland“ gegeneinander aufrechnen: Deutsche verlangen vom Staat eine **Vorzugsbehandlung**, damit **sie** und nicht die Faltschen mit einem Arbeitsplatz über die Runden kommen. Es geht um ihren Lebensunterhalt, und da schauen sie als Erstes zugleich demutsvoll und fordernd nach **oben**, zur Obrigkeit, von der sie **Hilfe erwarten**, ausgerechnet von der

Herrschaft, die den ganzen kapitalistischen Laden eingerichtet hat, ihn zusammenhält und ihnen all dieses kapitalistische Elend eingebrockt hat! Hilfe verlangen sie ausgerechnet gegen ihre ausländischen Klassenbrüder: Denen soll der Staat ihre schäbigen Arbeits- und Lebensverhältnisse in diesem Land verwehren. *Die* sind ein deutsches Privileg: eine ebenso *bescheidene* wie *gemeine* Forderung.

Peter Decker / Konrad Hecker

Das Proletariat

Politisch emanzipiert –
Sozial diszipliniert –
Global ausgenutzt –
Nationalistisch verdorben

–

Die große Karriere der
lohnarbeitenden Klasse
kommt an ihr gerechtes
Ende

München 2002

288 Seiten A5· €20,-

ISBN:978-3-929211-05-4

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr.88, 81675 München (089)
2721604

gegenstandspunkt@t-online.de
www.gegenstandspunkt.com

Aber wer hat schon was gegen die Forderung nach „Arbeitsplätzen“, diesem hohen, nationalen Gut? Gegen diese Forderung ist man nur, wenn man weiß, was Arbeitsplätze *wirklich* sind: nämlich das marktwirtschaftliche Elend, dass die *Lebens* interessen der Mehrzahl der Leute von kapitalistischen *Geld* interessen abhängig gemacht sind. Leute, die kein nennenswertes Geldeigentum haben, *müssen* für Lohn arbeiten. Und dieser Zwang, sich fremden Interessen dienstbar machen zu müssen, schließt noch nicht einmal ein, dass man dann auch die Gelegenheit dazu erhält – die stiftet nämlich streng marktwirtschaftlich die unternehmerische Kalkulation mit der Arbeit: diese Kalkulation entscheidet allein darüber, ob man überhaupt und wer sich an

einem Arbeitsplatz nützlich machen *kann*

. Wenn diese das ganze Leben bestimmende Abhängigkeit durchgesetzt und anerkannt ist, dann haben Arbeitnehmer dieses grundverkehrte, systemnützliche und von der Politik deshalb auch anerkannte Bedürfnis nach *Beschäftigung* : Sie betteln um Arbeitsplätze – haargenau so wie NPDler sie als Erfüllung deutscher Arbeiterträume fordern! Und wenn man sich das Bedürfnis nach Beschäftigung und Hilfe vom Staat zur schlechten Gewohnheit gemacht hat, dann leuchtet es einem auch ein, wenn Merkel oder Gabriel ausrufen: „*Sozial ist, was Arbeit schafft!*“ Wenn die deutsche Politik einen deutschen Baukonzern vor der Übernahme durch einen spanischen schützt, wenn sie Niedriglöhne durchsetzt, damit in Deutschland rentabel gearbeitet wird, dann „*rettet sie deutsche Arbeitsplätze!*“ – und bedient das Bewusstsein systemtreuer Arbeiter mit der volksfreundlicheren Formulierung für Standortpolitik, die die Förderung der deutschen *Wirtschaft* mit einem *nationalen Sozialdienst* gleichsetzt. Ist da noch ein Unterschied auszumachen zu der Parole „*Sozial geht nur national!*“?

„*Ich bin stolz ein Deutscher zu sein!*“

Dass Rechtsradikale mit ihrem Nationalstolz sich selbst feiern, um Fremde auszugrenzen, das ist euch klar, und das könnt ihr nicht leiden. Aber was sagt ihr, wenn sich die Kanzlerin oder der Präsident aufbaut und Fremden, die in Deutschland vielleicht arbeiten und leben wollen, zuzuruf: „*Wir sind eine Wertegemeinschaft!*“ Fällt euch da auch auf, dass hier ein Anführer seiner Gemeinschaft ein penetrantes *Selbstlob* zuspricht? Dieses Selbstlob ist zugleich eine Drohung: Da wird nämlich den Fremden, die sich hier aufhalten wollen, der Maßstab aufgemacht, dem sie sich bedingungslos *anzupassen* haben. Ein Lob an die eigene Adresse, das schon überhaupt keine Begründung mehr braucht, *was* an dieser deutschen Gemeinschaft so toll sein soll, weil der Begriff der „*abendländischen*“, „*westlichen*“ oder eben: „*deutschen Werte*“ für sich schon sagt, dass alle Mitglieder den höchsten und besten Prinzipien dienen? *Genau so*, als spitzenmäßige Wertegemeinschaft, wollen demokratische Politiker ihre Nation verstanden wissen und ermuntern auf diese Art ihre deutschen Bürger, *auf sich als Deutsche* stolz zu sein!

Diese Ermunterung findet beim angesprochenen Volk ein bombiges Echo, das wisst ihr auch: Erstens in der soliden, politisch stets abrufbaren Abneigung

gegen *Fremde*. Zweitens lässt sich das Volk keine noch so blöde Gelegenheit, die ihm von oben geboten wird, entgehen, sein verkehrtes Bedürfnis nach einer höheren verschworenen Gemeinschaft, die einen stolz macht, zu befriedigen: „*unsere Lena*“, „*unser Aufschwung*“, die Fußball-Nationalmannschaft, „*wir sind Papst!*“ usw. usf. – Verkehrt schon deswegen, weil es im marktwirtschaftlichen Alltag dieser deutschen Gemeinschaft von beinharten Gegensätzen nur so wimmelt. Gegensätze, die übrigens gerade das sogenannte „*einfache Volk*“, Arbeitnehmer, Arbeitslose, Mieter usw. sehr genau kennt und jeden Tag sehr unangenehm zu spüren bekommt. Für gute Patrioten sind das jedoch nur Widrigkeiten, die unbeachtlich sind, wenn man einem so großartigen nationalen Kollektiv angehören darf. Das bietet mit viel Einbildung eine gemütliche Heimat, wichtiger aber noch: Der Stolz auf dieses vorzügliche Kollektiv erlaubt, die Fremden, die der Glanz der Zugehörigkeit zu diesem Kollektiv nicht veredelt, von oben herab anzuschauen, ja zu verachten.

Was unterscheidet eigentlich diese allseits praktizierte und anerkannte Unsitte von den Rechtsradikalen? Ist es am Ende nur die rohe, ungehobelte, mit Knobelbechern und Braunhemd demonstrativ vortragene *Art*, die anständige Deutsche stört? Die Nazis nehmen sich heraus, ihren nationalistischen Stolz *ungebremst* zur Schau zu stellen. Aber sind denn Fahنشwenken, Grölen und Gesichter-Anmalen beim Public-Viewing ganz was anderes und haben mit diesem nationalistischen Stolz *nichts* zu tun?

„*Die globale Krise zerstört unsere Wirtschaft – kauft deutsche Produkte!*“ –
„*Volksgemeinschaft statt Globalisierung!*“

So tönen Neonazis zur Weltwirtschaftskrise. Auf die Tour, Deutschland als *Opfer* auszugeben – unverantwortliche Geldhäuser in Amerika waren die Haupttäter – haben sich auch Merkel, Steinbrück, Schäuble usw. verstanden. Aber das war nur der Auftakt zum Angriff auf andere Staaten: Jetzt werden „*wir*“ die niederkonkurrieren. *Deutschland* soll stärker aus der Krise hinausgehen als ...; *Frankreich* geht es nichts an, wenn *wir* durch Lohnsenkungsrunden den Rest von Europa niederkonkurrieren; die *Griechen* sollen für ihre Erfolglosigkeit zahlen, damit *unser Euro* nicht kaputt geht. Das sind nichts anderes als die gar nicht „*gestrigen*“, sondern demokratisch-aktuellen Ansprüche und Zurechtweisungen, mit denen die deutsche Regierung mit all ihrer

Macht Schaden von der *deutschen Nation* abwendet und anderen Nationen aufhalst: Ein verdienendes Bankenwesen, wachsende Unternehmensbilanzen und eine erfolgreiche Währung für den *deutschen Standort* – das sind die Sorgeobjekte der Politiker, denen sie alle anderen Lebensinteressen, sei es in Deutschland oder anderswo, bedingungslos unterordnen. Eine nationale Öffentlichkeit verdolmetscht mit einem gigantischen Propagandaaufwand diese *Staatsorgen* den Leuten, die von ihrer Hände Arbeit leben müssen, als ihre eigenen Interessen: „*Unsere Wirtschaft*“ muss gut durch die Krise kommen.

Dass „*deutsche Produkte*“ von den Deutschen gekauft werden sollen, damit „*unsere Wirtschaft*“ nicht an der Krise leidet, diese Parole der Neonazis ist den regierenden Standortpolitikern allerdings wirklich zu bescheiden – die senken mit Leih-, Kurzarbeit, ihrer Niedriglohn- und Armenpolitik dermaßen den Preis der Arbeit, dass *die ganze Welt* an deutschen Produkten als unwiderstehlichem kapitalistischem Angebot nicht vorbeikommt. Dass sie anderen Staatsführern da und dort auch mal Zugeständnisse machen, das ist deswegen auch alles andere als eine *nationale Schwäche*, wie die Rechtsradikalen meinen, wenn sie Merkel, Westerwelle und Co die „Globalisierung“ als „*Verrat an der deutschen Volksgemeinschaft*“ vorwerfen. Das gehört vielmehr mit zu dem Instrumentarium, mit dem moderne Weltmarktstrategen kühl kalkulierend der deutschen Wirtschaft den *globalisierten Markt* erschließen und sichern.

„*Raus aus Afghanistan – kein Blut für die USA!*“

Da haben die Nazis doch wirklich „in die Mitte der Gesellschaft“ getroffen. Wer ist, die Regierenden eingeschlossen, mit

diesem Krieg schon zufrieden? Längst werden Abzugspläne geschmiedet, seit Kriegsbeginn wird mit den USA um die Kriegslasten gestritten, weil Verlauf und Ergebnis für *die Nation* zu wünschen übrig lassen. Diese Skepsis verwechselt auch niemand mit einer Gegnerschaft gegen Krieg überhaupt: Dass der Einsatz von Waffen und Volk ein legitimes Mittel demokratischer Politik ist, daran haben sich längst alle gewöhnt, bis auf eine als weltfremd verschriene kleine Minderheit bei den Linken vielleicht.

Nur: Ein Krieg muss sich eben *lohnen*, für die Nation, und da beschleicht mit jedem aus Afghanistan heimkehrenden Zinksarg Rechtsradikale ein besonders starker Zweifel, weil sie der offiziellen Kriegs *legende*, wie jeder andere gestandene Nationalist auch, misstrauen: Dass deutsche Soldaten sterben *bloß für* „Brunnenbau“, „Mädchenschulen“ und „Demokratie“ „dort hinten“, *das* ist für jeden national denkenden Deutschen sowieso eine Zumutung. Wenn Krieg geführt wird, dann für die machtvolle Durchsetzung *deutscher* Staatsinteressen gegen alle anderen. Eine Regierung, die mit – in den Augen der Neo-Nazis – so windelweichen Begründungen daherkommt, will damit vertuschen, dass sie sich in Wahrheit als *Lakai fremder Interessen* betätigt, wenn sie ihre Truppen nach Afghanistan schickt. Sie lässt sich einspannen für einen „US-Krieg“, weswegen die Neonazis die Behauptung, dass Deutschland „*am Hindukusch verteidigt wird*“, nur für eine Ausrede einer schwachen Regierung halten, die Deutschland an die USA verkauft. So vermögen sie *überhaupt keinen deutschen* Ertrag mehr zu erkennen, weil sie die übergeordneten Kalkulationen der deutschen Kriegsherren mit NATO, UN und USA verpassen: Deutschland kämpft in Afghanistan eben um seine Rolle *in* seinen Bündnissen, es

setzt auf sein Gewicht *in* der UN als Instrument deutscher Weltpolitik und kalkuliert bis auf Weiteres *mit* den USA. Die schöne Problemlage einer modernen Mittelmacht, deretwegen sich aber eben *eindeutige* Parolen *gegen* die Führungsmacht verbieten!

Eine ordentliche Auseinandersetzung *zwischen* Demokraten und Rechtsradikalen um all diese Parolen findet nicht statt. Von den Rechten ohnehin nicht: Rechtsradikale sind Gegner der Demokratie, weil sie ihre nationalen Anliegen von der schlecht bedient, ja verraten sehen, und sie greifen diesen Staat an. Aber auch gute Demokraten führen diese Auseinandersetzung nicht: Was die Sorge um und die Begeisterung für die *nationale Sache* angeht, unterscheiden sie sich ja gar nicht von den Rechtsradikalen, können sie also auch gar nicht *kritisieren*. Eins können sie aber schon: Die Neonazis mit dem Hinweis auf die Verbrechen, die ihre Vorläufer in Deutschland und der Welt angerichtet haben, *ächt*en, und – wenn es regierende Demokraten für opportun halten – mit den Mitteln der staatlichen Gewalt *verfolgen*. Den Beweis für die Güte und Überlegenheit der Demokratie führt die demokratische Herrschaft also ausschließlich so, dass sie ihr Gewaltmonopol gegen eine unliebsame Konkurrenz ins Feld führt und durchsetzt. Da findet eine *Konkurrenz um die Herrschaft* statt. Die Konkurrenten sind sich spinnefeind, das ist oberdeutlich. Aber ist es deswegen richtig, in dieser Konkurrenz *Partei zu ergreifen* und sich am Ende auch noch mit dem Zuschlagen der Staatsgewalt gemein zu machen, es sogar zu fordern? Irgendwie konsequent ist das offensichtlich schon, wenn man alles, was man an der bundesdeutschen Demokratie für kritikabel hält, zurückstellt hinter das alles überragende Anliegen, die Demokratie zu *verteidigen*.

Herrn Thilo Sarrazins herrschaftliche Durchmusterung des Volkskörpers auf seine Nützlichkeit für Staat und Kapital mit dem Befund „bedingt tauglich!“ – Wo ist da der „Skandal“?

Während sich die Schweizer Stimmbürger herbe Kritik aus den demokratischen Redaktionsstuben hierzulande einfinden mit ihrem Baustopp für moslemische Kirchtürme, hat Thilo Sarrazin, Ex-Senator von Berlin und immer noch Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, mit einem ausführlichen Interview zwar für einigen Wirbel gesorgt, aber vorwiegend großes Verständnis für seine „zugespitzten“ Formulierungen gefunden. Herr Sarrazin hat nämlich Sorgen mit dem, was er Deutschlands „kleines Volk“ nennt. Denkt er an Berlin in der Nacht, ist der Mann gewissermaßen um den Schlaf gebracht. In „*Lettre International*“ vom Oktober 2009 gibt er zu Protokoll:

„Bei uns gibt es eine breite Unterschicht, die nicht in Arbeitsprozesse integriert ist. Doch das Berliner Unterschichtproblem reicht weit darüber hinaus ... Wir haben in Berlin vierzig Prozent Unterschichtgeburten, und die füllen die Schulen und die Klassen ... Berlin hat einen Teil von Menschen, etwa zwanzig Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden ... Eine große Zahl an Arabern und Türken hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel... Das gilt auch für einen Teil der deutschen Unterschicht, die einmal in den subventionierten Betrieben Spulen gedreht oder Zigarettenmaschinen bedient hat. Diese Jobs gibt es nicht mehr. Berlin hat wirtschaftlich ein Problem mit der Größe der vorhandenen Bevölkerung.“ (Alle Zitate aus *Lettre International: Berlin auf der Couch. Autoren und Künstler zu 20 Jahren Mauerfall. Heft 86, Herbst 2009.*)

Die Aufregung drehte sich eigentlich nur um eine Frage: Ist er nun ein Rassist, oder was? Dabei ging in der Öffentlichkeit unbemerkt und unkritisiert durch – wohl weil sie das für normal hält –, von welcher herrschaftlichen Warte aus dieser Mann argumentiert. Da tritt nämlich mal ein Politiker an und wirft sich nicht gleich in die Pose eines *Diener*s des Volkes, gibt sich nicht den Anschein eines Anwalts der Unzufriedenheit, dem mitten aus dem Volk Interessen und Wünsche gemeldet werden und der sich bemüht, *denen* gerecht zu werden. Hier äußert ein politischer Macher ziemlich ungeschminkt, dass Berlins Regierende sich nicht bloß mit den Sorgen ihrer Untertanen zu befassen

haben, sondern vielmehr *sie* es sind, die massive Probleme mit Teilen ihres Volkes haben. Es laufen zu viele Leute mit „Migrationshintergrund“ herum, ohne dass sie Staat oder Wirtschaft etwas nützen würden. So das Menschenmaterial des Staates vom Standpunkt seiner *Nützlichkeit* sortiert, versagen an die 20 bis 40 Prozent. Sie leisten nicht das, was sich die Regierenden von ihnen erwarten: Sie haben sich gefälligst für die Wohlfahrt Berlins, dann Deutschlands überhaupt, nützlich zu machen, wobei nicht einmal extra betont werden muss, dass damit für *ihre* Wohlfahrt nichts versprochen wird. Dieses „Bevölkerungssegment“ ist oft arbeitslos, arm, ungebildet – in der Summe jedenfalls für die Führung eines erfolgreichen Wirtschaftsstandorts eine Zumutung! Wie soll man, bitteschön, mit einem solchen Volk *Staat machen?*, fragt sich und vor allem *uns* der Herrenmensch Sarrazin.

Freek Huisken

Erziehung im Kapitalismus:

Von den Grundlügen der Pädagogik und dem unbestreitbaren Nutzen der bürgerlichen Lehranstalten

VSA-Verlag

Hamburg 1998

474 Seiten, 20,40 €

ISBN-10: 3879757224

ISBN-13: 978-3879757220

So ein elender Zustand für eine demokratische Herrschaft, mit einem in relevanten Minderheiten *untauglichen* Volk regieren zu müssen, verlangt nach schonungsloser Erklärung. Sarrazin will ausdrücklich „gegen viele Mauern der politischen Korrektheit“ verstoßen. Die nicht

bloß von ihm entdeckten Missstände will er endlich einmal schonungslos beim Namen nennen, und da stößt Sarrazin bei seinem Volk als Erstes auf dessen mangelnde Geistesausstattung:

„Unsere Bildungspopulation wird von Generation zu Generation immer dümmere. Der Anteil der intelligenten Leistungsträger fällt kontinuierlich ab.“

So denkt ein Vertreter der staatlichen Elite. Von seinem Anspruchsdenken her dreht er das wirkliche Verhältnis einfach um: Wenn eine wachsende Zahl von Menschen weder von Staat noch Wirtschaft gebraucht wird, dann müssen *die* zu dumm dafür sein!

Bei Opel kann man gerade mal wieder sehen, wie der kapitalistische „Sachzwang“ aussieht, der Unternehmer veranlasst, „Arbeitsplätze abzubauen“. Wegen ihrer Konkurrenz mit anderen Autobauern sparen die Manager bezahlte Arbeit ein und wollen aus der verbliebenen Mannschaft mehr herausholen. 4000 Leute, die bis gerade eben noch keineswegs ‚zu dumm‘ waren, fliegen raus, und sie sind ein weiterer lebender Beweis dafür, dass das „kleine Volk“ eben nur Manövriermasse und abhängige Variable kapitalistischer Profitrechnungen ist. Privileg und Selbstverständnis der politischen Elite ist es aber, an ihrer Schuldzuweisung unerschütterlich festzuhalten: Wer in dieser Gesellschaft nichts wird, ist selber schuld! Für Sarrazin ist klar, dass er und seinesgleichen schon im eigenen Interesse das Nötige für eine erfolgreiche Benützung des Volkes tun, und wenn diese Benützung dennoch nicht passiert, dann muss es *am Menschenmaterial* liegen. *Sie*, die Menschen, werden immer untauglicher für ihre Benützung. Sie müssen in doppelter Hinsicht eine Art Defekt haben: Ihnen fehlt die nötige Intelligenz dafür, die *Fähigkeit*, und ihnen fehlt nicht selten auch der nötige *Wille*, die Dienstbereitschaft, um von Staat und Wirtschaft hergenommen werden zu können. Sarrazin versetzt sich in die Rolle des politischen Verwalters zweier nationaler Leistungsquellen, nämlich der *Intelligenz* und der *Integrationsbereitschaft*, und er macht sich daran, den Berliner Volkskörper nach tauglichen und untauglichen Volksgruppen, nach Nützlingen und Schädlingen durchzumustern. Und das tut er ganz

vorurteilslos – den Vorwurf „Rassist“ will er damit auch gleich widerlegt wissen. Er hat nichts gegen Ausländer – es müssen nur die *richtigen* sein, die für den wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands nützlich eben! Sarrazin greift sich als Beurteilungskriterien den schulischen und akademischen Erfolg und den Integrationswillen heraus. Da schneiden die Vietnamesen, verschiedene Osteuropäer und die Russlanddeutschen ganz gut ab, auch wenn es mal zwei oder drei Generationen dauert. Jugoslawen, Türken und Araber gehören hingegen in die Kategorie ‚Parasiten der Berliner Gesellschaft‘:

„Auch in der dritten Generation haben sehr viele keine vernünftigen Deutschkenntnisse, viele gar keinen Schulabschluss ... Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. Das gilt für 70 Prozent der türkischen und 90 Prozent der arabischen Bevölkerung in Berlin.“

So geht politische Selektion von oben, mitten in der deutschen Zivilgesellschaft: Bevölkerungspolitiker interessiert alles – Schulabschlussquoten, Gesinnung, die Art zu leben, von deutschen Gewohnheiten abweichende sittliche Eigenheiten usw. –, für all das sind sie zuständig. Sie messen damit die Menschen an den Maßstäben, die die hiesige Herrschaft als verbindlich erklärt hat dafür, wie sie mit den von ihr Regierten umzugehen gedenkt, was sie denen abverlangt. Weichen welche von diesen Maßstäben ab, so wird ihnen das als *ihr völkischer Naturdefekt* zur Last gelegt. Die eine Abteilung Bevölkerungspolitiker holt dann das Programm mit dem Titel „Integration“ heraus: Auf den Nutzen dieser Volksgruppen – wenn er auch erst noch herzustellen ist – wollen sie nicht verzichten, aber es ist völlig klar, was mit „Integration“ gemeint ist: *Die* müssen sich *anpassen*, ihren ‚Naturdefekt‘ überwinden. Andere Bevölkerungspolitiker, darunter Sarrazin, halten das für vollkommen verkehrt. Sie wollen mit allen Integrationsmaßnahmen, genauer: Integrationszwangsmaßnahmen, die noch irgendwie einen sozialen Touch haben,

gründlich aufräumen. Dazu zählt für Sarrazin auch die überkommene Sozialpolitik mit Hartz IV. Sie habe nicht nur versagt, sie sei mit verantwortlich für den unzumutbaren Zustand der Gesellschaft in Berlin:

GegenStandpunkt in Radio Unerhört Marburg

(Antenne 90,1 MHz,
Kabel 107,25 MHz,
Livestream über
www.radio-rum.de)

Analysen und Kommentare zum aktuellen Weltgeschehen

Jeden Mittwoch 18.30 Uhr,
(Wiederholung am Donnerstag
0.30 Uhr und 13.30 Uhr);
an jedem 2. Freitag im Monat
19.00 - 20.00 Uhr,
(Wiederholung am folgenden
Montag um 06.00 Uhr)

„Der Neuköllner Bürgermeister Buschkowsky erzählt von einer Araberfrau, die ihr sechstes Kind bekommt, weil sie durch Hartz IV damit Anspruch auf eine größere Wohnung hat. Von diesen Strukturen müssen wir uns verabschieden ... So kann man keine nachhaltige Gesellschaft bauen, das geht für ein, zwei, drei Generationen gut, dann nicht mehr.“

Sechs Kinder von deutschen oder vielleicht auch ausländischen *Elite*eltern, das ginge in Ordnung. Damit ließe sich staatlicherseits was anfangen. Aber *Elendsfiguren* Stütze zahlen, damit schadet sich der Staat selbst. Laut Sarrazin gibt es nämlich Volksgruppen wie Vietnamesen, Osteuropäer etc., die durchaus arbeits- und integrationswillig sind. Denen wird mit Stützungszahlungen an Türken er-

schwert, sich gegen die minderwertige Konkurrenz durchzusetzen. Erschwert wird damit aber insbesondere, dass die „Türken“ und „Araber“ – wie Sarrazin es vornehm aber unmissverständlich ausdrückt – sich *„auswachsen“*. Stattdessen *vermehrten* sie sich auch noch:

„Die Türken erobern Deutschland genauso, wie die Kosovaren das Kosovo erobert haben: durch höhere Geburtenrate. Das würde mir gefallen, wenn es osteuropäische Juden wären mit einem um 15 Prozent höheren IQ als dem der deutschen Bevölkerung ... Die Araber und Türken haben einen zwei- bis dreimal höheren Anteil an Geburten, als es ihrem Bevölkerungsanteil entspricht... Zudem pflegen sie eine Mentalität, die sie als gesamtstaatliche Mentalität aggressiv und atavistisch macht.“

Sarrazins Äußerungen sind eine gezielte Polemik gegen die aktuelle Integrationspolitik mit den dazugehörigen Sprachregelungen. Araber und Türken, *die sind so!*, und zwar Schädlinge Deutschlands, die drohen „unseren“ Staat zu unterwandern und zu übernehmen, lautet sein Credo. Wenn einer so daherredet, offenbart sich da nun ein unverbesserlicher Rassist, der gegen unverbrüchliche demokratische Grundwerte verstößt, oder denkt hier nur einer – zwar radikal, aber trotzdem – im Rahmen der *demokratischen Ausländerpolitik* weiter? Die Reaktion der demokratischen Öffentlichkeit auf Sarrazins Polemik bietet darauf eine Antwort: Die *herrschaftliche Sichtweise*, mit der Sarrazin das Volk mustert, sortiert und in nützlich und unnützlich einteilt, wurde nicht kritisiert. Im Gegenteil: Dem Mann wurde attestiert, ein real existierendes Problem „unserer Gesellschaft“ noch dazu „mutig“ angepackt zu haben. „Rassist“ hin oder her, der Standpunkt, Menschen bezüglich ihrer *Nützlichkeit* für Staat und Kapital zu sortieren und den daran gemessen als unwürdig befundenen Individuen das Existenzrecht hierzulande abzusprechen, das ist offensichtlich und unverbrüchlich ein Grundwert unserer Demokratie.

Das Attentat in Norwegen: Ein Blutbad zur Rettung des christlichen Abendlandes

Ein Norweger namens Breivik sprengt erst ein Gebäude im Regierungsviertel in Oslo in die Luft, bevor er auf einer nahe gelegenen Insel über siebzig junge Leute erschießt, die an einem multikulturellen Feriencamp der sozialdemokratischen Partei teilnehmen. Die Gründe für seine Tat hat er in einem dickleibigen Manifest niedergelegt, das er ins Internet stellt. Er will mit seinem Blutbad nichts Geringeres erreichen als die Rettung des christlichen Abendlandes vor dem Islam, der sich als Todfeind in den europäischen Gesellschaften eingenistet hat. Während der Attentäter sich in der Rolle des tapferen Ritters sieht, der die Tradition des Tempplerordens und seiner Kreuzzüge gegen die Ungläubigen aus dem Morgenland fortsetzt, kann er seinen norwegischen Mitbürgern nur eines bescheinigen: Sie stellen sich ignorant gegen die existenzielle Gefahr, mehr noch, sie wählen und unterstützen Politiker sozialdemokratischer Provenienz, die mit ihrer Einwanderungspolitik dem islamischen Feind Tür und Tor öffnen. Das bestraft Breivik, indem er gezielt den Nachwuchs der Sozialdemokraten hinrichtet. Zugleich soll sein ausuferndes Blutbad den Rest des Volkes aufrütteln und ihm den Ernst der Lage vor Augen führen. Er kann den Vormarsch des Islam nicht alleine aufhalten, mit seiner „furchtbaren, aber notwendigen Tat“ kann er nur ein Fanal setzen, das Gleichgesinnte verpflichtet, selbst vom Reden zum Handeln überzugehen, und das als Startschuss für den langjährigen Befreiungskrieg Europas wirken soll, den er den Zeitgenossen auf die Tagesordnung setzt.

Um die Ernsthaftigkeit seiner Absichten zu untermauern, wendet sich sein Manifest vorbeugend gegen die erwartete öffentliche Interpretation der Tat. Nein, er hatte keine schwere Kindheit, sondern ist wohlbehütet in einer glücklichen Familie aufgewachsen. Und nein, er ist kein isolierter, introvertierter Einzelgänger, der seine Zeit mit gewaltträchtigen Computerspielen zubringt, sondern ein gut aussehender junger Mann mit einem großen Freundeskreis beiderlei Geschlechts. Breivik besteht so auf dem politischen Inhalt seiner Tat und will sich nicht ins psychopathologische Abseits abschieben lassen. Das hilft aber nichts. Kaum gehen die Agenturmeldungen über das Attentat ein, steht für die schreibende Zunft in Europa fest, dass hier ein zutiefst gestör-

tes Wesen sein Unwesen getrieben hat. Eine Woche lang wälzt sie die große Frage: Warum tut einer so etwas? – wohl-gemerkt, nachdem sie die Begründungen und das strategische Kalkül des Attentäters zur Kenntnis genommen und verstanden hat. Diese Frage wischt die Erklärung, die der Täter gibt, vom Tisch; deklariert sie zur bloßen Rationalisierung eines Willens, der seine wahren Bestimmungsgründe woanders haben muss. Wo die Öffentlichkeit einen allseits gebilligten und anerkannten Grund für politische Gewalt, wie bei den wirklichen Kriegen ihrer Nation, nicht sieht, will sie gleich gar keine Gründe mehr erkennen. Wenn sie erschrocken nach dem Warum fragt, dann fordert sie Gründe für eine Handlung, für die es Gründe nicht geben darf. Weil aber auch die unbegründbare Handlung einen Motor im Täter braucht, damit sie zustande kommt, wird jenseits des Willens nach einer Ersatzkraft gefahndet, einem psychischen Defekt, der den Täter treibt.

Albert Krölls

Kritik der Psychologie. Das moderne Opium des Volkes

VSA-Verlag

Hamburg 2009

158 Seiten, 13,80 €

ISBN-10: 3899652134

ISBN-13: 978-3899652130

Es ändert wenig, dass andere Journalisten vor einer vorschnellen Psychopathologisierung Breiviks warnen und auf die „islamfeindliche politische Gesinnung“ verweisen, der er über Jahre hinweg mit „kühler Berechnung“ folgt. Denn sofort machen sie gegen sich selbst den Einwand geltend, dass die anderen islamkritischen Zeitgenossen, deren es im Volk viele gibt, ihren Hass auf Moslems mit der Wahl rechter Parteien, allenfalls mit Demos gegen Moscheen betätigen, nicht aber mit Massenmord. Also muss dann wohl doch

ein kleiner Zusatz dafür verantwortlich sein, dass ein normaler Islamfeind zum Attentäter wird. Weil sie nicht gelten lassen wollen, dass verschiedene Leute aus derselben politischen Einstellung verschiedene Konsequenzen ziehen, landen Journalisten, die das Psychologisieren zunächst verwerfen, schnell selbst dabei: Das Gros der Islam-Hasser bewegt sich innerhalb der rechtlich und moralisch akzeptierten Bahnen, nur Breivik schert spektakulär aus, also muss bei ihm ein Defekt, ein wirrer Geist oder Schlimmeres vorliegen.

„Der Krieg der Kulturen“: Breivik nimmt die ideologische Rechtfertigung des Antiterrorkriegs bitter ernst

Seine Gedankenwelt ist tatsächlich sehr verkehrt, befließigt sich aber über weite Strecken genau der Lehren, die die westliche Staatenwelt seit den Anfängen ihres Antiterrorkriegs in Umlauf bringt. Seit dem Anschlag auf das World-Trade-Center in New-York durch Terroristen aus dem arabischen Raum, das unter dem Datumskürzel 9/11 in die Geschichtsbücher eingeht, führen die USA und ihre Verbündeten einen weltumspannenden Krieg gegen jede Form von antiamerikanischer Gewalt und ihre Rückzugsräume. Die immer noch aktuellen großen Kriegsschauplätze heißen Irak und Afghanistan. Figuren wie Bin Laden nehmen die Dominanz der USA im Nahen Osten als Fremdherrschaft und als Zerstörung der islamischen Gemeinschaft wahr und antworten darauf mit den beschränkten kriegerischen Mitteln, die ihnen zu Gebote stehen. Umgekehrt bringen die USA ihre maßlos überlegene Kriegsmaschinerie in einem deswegen so genannten asymmetrischen Krieg zum Einsatz, um jede noch so kleine Anfeindung ihres Status als Weltaufsichtsmacht im Keim zu ersticken.

Ihren Völkern machen sie diesen Krieg mit einer Rechtfertigungslehre der höheren Art schmackhaft. Nicht im Interesse ihrer Weltmacht treten die USA und ihre Verbündeten an, sondern im Auftrag höchster christlich-abendländischer Werte. Toleranz, Meinungsfreiheit und ein aufgeklärter Gottesglaube werden mit Waffengewalt verteidigt gegen die dem Mittelalter verhaftete mohammedanische Religion, die schon ihres Dogmatismus wegen – als Staatsreligion verbindlich gemacht! – den Keim zur Gewalt in sich

trägt. In dieser Sicht der Dinge sind sich Presse, Parteiführer und Papst Benedikt völlig einig. Auch die Freunde des Propheten lassen sich nicht lumpen und veredeln ihren Waffengang zu einem „heiligen Krieg“, den der Islam gegen abendländische „Kreuzfahrer“ führen muss. All diese Darstellungen sind unsachlich, denn sie vertauschen Kriegsgrund und Kriegsbegründung. Es ist schon ein Witz, wenn westliche Regierungschefs ihren Krieg mit einer Ermahnung an die Adresse ihres Gegners rechtfertigen, Gewalt dürfe kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Solche Typen sind nicht gegen Gewalt, sondern gegen die Gewalt der anderen. Und die Toleranz ist ihnen weniger als beherzigte Tugend denn als Forderung geläufig, der sich das Gegenüber zu fügen hat. Die unsäglichen Mohammed-Karikaturen in Dänemark jedenfalls gelten nicht als Verstoß gegen die Toleranz gegenüber Andersgläubigen, über deren Gott man nicht spottet. Umgekehrt aber gilt die von den Muslimen verweigerte Hinnahme der Verhöhnung ihres Propheten als ein Akt von Intoleranz gegen die Pressefreiheit, der nicht geduldet werden kann. Der Urheber der Karikaturen ist seitdem ein dänischer Nationalheld und europäischer Vorkämpfer für abendländische Werte und wird dafür von der deutschen Kanzlerin mit einem Friedenspreis geehrt.

Der Ertrag der Rechtfertigung des Waffengangs aus dem Geist von Aufklärung und Toleranz ist enorm. Das nationale Interesse stellt sich als Diener supranationaler, universeller menschlicher Werte dar und macht sich so unanfechtbar. Einem so selbstlosen Menschheitsanliegen des christlichen Abendlandes und seines bewaffneten Arms kann sich nur entgegenstellen, wer selber inhuman, also böse ist. Damit ist sie fertig, die Verwandlung eines Waffengangs politischer Mächte in einen Kulturkampf zwischen Abendland und Morgenland. Und dieses verlogene Argument in rechtfertigender Absicht hat den guten Norweger Breivik so überzeugt, dass er Grund und Begründung des Krieges nicht mehr unterscheidet, seine Ideologie also für seinen Inhalt nimmt. Er glaubt, was man ihm sagt, dass nämlich ein Kulturkampf tobt zwischen einem guten christlichen Abendland und einem vormodernen, gewalttätigen Morgenland. Und beim honorigen Historiker Huntington holt er sich noch die wissenschaftliche Bestätigung ab, dass die Militärmaschinerie der imperialistischen Staaten in einem „Clash of Civilisations“ engagiert ist, wenn sie Irak und Afghanistan verwüstet.

Das Attentat: Weckruf gegen den Ausverkauf des Abendlandes an seine islamischen Feinde

Im Geiste des „Kulturkampfes“, den Breivik nach seinem Dafürhalten zusammen mit seinem Staat und dem ganzen Westen führt, besichtigt er sein Heimatland und ist entsetzt. Mitten in Norwegen machen sich Vertreter ausgerechnet der Richtung breit, die den Untergang des Abendlandes betreibt und über kurz oder lang die Macht übernehmen wird – die Anhänger Allahs. Und nicht nur das. Sie hocken dort mit ausdrücklicher Billigung der nationalen Führung. Insgesamt etwa 20 Millionen Menschen islamischen Glaubens sind in den Staaten der EU ansässig, weil sie als Arbeitskräfte gebraucht oder als politische Flüchtlinge untergebracht werden.

Renate Dillmann

China

Ein Lehrstück über alten und neuen Imperialismus, einen sozialistischen Gegenentwurf und seine Fehler, die Geburt einer kapitalistischen Gesellschaft und den Aufstieg einer neuen Großmacht

VSA-Verlag, Hamburg 2009

400 Seiten 22,80 €

ISBN 978-3-89965-380-9

Die Politik der westlichen Staaten hält sich eben nicht an die Rechtfertigungslehre ihres Antiterrorkriegs. Ein weltumspannender Krieg gegen alles Islamische ist ja auch gar nicht gewollt. Gute Bündnispartner wie Saudi-Arabien und andere sollen nicht schon deshalb unter die Feindschaftserklärung fallen, weil bei ihnen islamisch geglaubt und Staat gemacht wird. Die Feindschaft gilt ausschließlich dem antiimperialistischen Terrorismus islamischer Prägung. In den

europäischen Heimatländern werden daher Einwohner islamischer Herkunft einer peniblen Prüfung unterzogen. Als Gläubige des Islam stehen sie grundsätzlich im Verdacht, die Fünfte Kolonne und das Rekrutierungsfeld des islamistischen Feindes zu sein. Sie werden unter Aufsicht gestellt, mit Islam-Konferenzen traktiert, die eine europäisch angeleitete Ausbildung von Imamen verfügen, um Kontrolle über die Köpfe zu erlangen. Sofern aber die Gläubigen aus dem Morgenland ihre Religion als Privatsache ohne weitere politische Ambitionen pflegen und ihren sonstigen Pflichten als Arbeitskraft und Bürger nachkommen, dürfen sie – trotz eines nie endgültig ausgeräumten Rest-Misstrauens –, was sie sollen und was überhaupt ihr Bleiberecht begründet: ihrem Gastland nützlich sein. Die Politik in den europäischen Staaten nimmt eine Sortierung unter den Gläubigen Allahs vor, scheidet sie in Gute, die Muslime heißen, und in Böse, die Islamisten geschimpft werden, weil sie mit ihrem Glauben eine politische Kritik und Anfeindung verbinden.

So etwas kann Breivik nicht nachvollziehen. Wenn der Islam die falsche Religion ist, die sich das Abendland unterwerfen und ihm seine christliche Identität verbieten will, wie können seine Anhänger dann in Gute und Böse zerfallen? Der norwegische Nationalist hat verstanden, dass die höchsten Werte, Christentum und Abendland, mit denen Bush seine imperialistische Mission adelt, für Ausschließlichkeit und Unverträglichkeit des dadurch definierten Kreises von Staaten gegen andere stehen, in denen andere Götter angebetet werden und die deshalb als ebenso unbedingt feindlich anzusehen sind. Und er hat verstanden, dass mit der Berufung auf höchste Werte das absolute Recht und die Pflicht zur nötigen Gewalt gegen die unverträgliche fremde Kultur begründet werden. In der Überhöhung des staatlichen Zusammenhangs zur Nation und Wertegemeinschaft weiß er sich – zu Recht – mit der Mehrheitsgesellschaft und ihrem Staat einig; die Werte teilt diese Mehrheit wohl, aber sie weigert sich, den Krieg zu führen, den er zu ihrer Verteidigung gegen die islamische Bedrohung nötig findet. „Multikulturalismus“, „Feminismus“ und „kultureller Marxismus“ lähmen nicht nur den Selbstbehauptungswillen Europas; Breivik erkennt sie als gezielte Wehrkraftzersetzung, bewusst darauf gerichtet, die Vaterländer dem Feind auszuliefern.

Mit dem Massenmord im Zentrum der norwegischen Wehrkraftzersetzer vollstreckt er, was er aus den Botschaften

seiner politischen Lehrer und Ziehväter heraushört. Neben der Spur des hoffähigen Nationalismus ist er damit erstens zusammen mit vielen anderen: Er folgt den Legitimationen des Krieges und versteht daher die Realpolitik der Regierungen im Verhältnis zu arabischen Verbündeten und in Sachen Einwanderung gar nicht mehr. Über den üblichen Nationalismus geht er zweitens darin weit hinaus, dass für ihn mit der Gefährdung der kulturellen Identität seiner Heimat sein ganzer persönlicher Lebenssinn auf dem Spiel steht. Andere lassen die Politik, über die sie schimpfen, auch wieder Politik sein und kümmern sich um ihren privaten „pursuit of happiness“. Breivik sieht das Vaterland wegen genau dieses Materialismus und dieser Gleichgültigkeit untergehen – und widmet sich mit allem blutigen Ernst seiner Mission. Wenn es sonst niemand tut, rettet eben er das Abendland.

Die demokratische Bewältigung des Entsetzens: Nicht-Verstehen, Ausgrenzen, Mahnen

Die Presse schuldet ihren Lesern eine Anleitung beim Bemühen, mit dem Massenmord im friedlichen Norwegen geistig fertig zu werden. Sie hat ihnen zu sagen, wie man als anständiger Europäer das ungeheure Ereignis einordnen und so verstehen kann, dass – auch wenn selbstverständlich nichts mehr so sein wird wie vorher – alles weitergehen kann wie bisher. Die Aufgabe, der sich Journalisten da widmen, zielt auf die Trennung zwischen der patriotischen Weltsicht, die sie und ihre Leser teilen, und dem patriotischen Terror des Norwegers, der mit unserer Gesellschaft und ihrer Politik nichts zu tun haben kann. Dabei scheint ein Gesetz zu gelten: Je näher ein Journalist dem nationalen Denken des Attentäters steht, desto radikaler besteht er auf der totalen Unmöglichkeit, ein so abgrundtief abweichendes Verhalten irgend zu verstehen.

Die FAZ hat bei den ersten Hormeldungen zunächst gar kein Verständnisproblem, denn sie erkennt gleich die „Handschrift von Al Kaida“, und zu der passt so etwas ja. Sobald die Nachrichten detaillierter werden, versteht Kommentator Hefty dann überhaupt nichts mehr und verlangt, dass andere es auch so halten: Er verbittet sich jedweden Erklärungsversuch der Untat mit dem Argument, die sei einfach zu groß, um in rationale Kategorien zu passen: Erklärungen, welcher Art auch immer, machen sie unserem Denken und unseren Maßstäben kommensurabel und schmälern nur ihre Verwerflichkeit:

„Der Anschlag von Oslo und die Morde ... auf der Insel Utoya sind der jüngste Höhepunkt solcher nicht zu erklärender Geschehnisse. Diesmal ist offensichtlich, dass mit den Kategorien der Vernunft eine Deutung derart gewaltiger Untaten nicht möglich ist. Das Handeln des Täters ist weder politisch noch gesellschaftlich, weder religiös noch esoterisch verständlich. Die einzige Kategorie, die darauf passt, ist Wahnsinn... Daher ergibt der Blick auf die vom späteren Massenmörder bestückten Internetseiten auch keinen wirklichen Aufschluss über die Gründe des Verbrechens... Der Rückgriff eines Menschen, der Kinder erschießt, auf das Christentum ist ebenso hirnrissig und aller Logik fern wie die Ermordung von Landsleuten durch einen, der die Nation zu schützen vorgibt.“ (FAZ, 25.7.11.)

Endgültig von der Irrationalität des Täters überzeugt sich Hefty mit einer gesunden nationalen Unterscheidung: Ein Kerl, der auf die eigenen Leute schießt, kann kein echter, seiner Sinne mächtiger Nationalist sein.

„Beschäftigung“ –
„Globalisierung“ –
„Standort“ ...

Anmerkungen zum kapitalistischen Verhältnis zwischen Arbeit und Reichtum

61 Seiten, 5,- €

ISBN: 978-2-929211-08-5

GEGENSTANDPUNKT Verlag
Kirchenstr.88, 81675 München
(089) 2721604

gegenstandspunkt@t-online.de
www.gegenstandspunkt.com

Andere haben dann doch eine Erklärung der Untat parat, die nicht unter Heftys Erklärungsverbot fallen dürfte. „Das Grinsen des Teufels“ erkennt BILD im Foto von Breivik nach seiner Verhaftung; im selben Sinn, nur vorsichtiger, fragt der SPIEGEL:

„Gibt es das ausschließlich Böse? Kann ein Mensch, aus sich selbst heraus,

schlicht böse sein. Und wenn nicht, was verleitet einen Menschen dazu, böse zu sein? Menschen zu töten. Kinder zu erschließen. Einfach so.“ (Spiegel, Nr. 31/2011)

Wo das absolute Böse bzw. seine Inkarnation, der Teufel, höchstpersönlich am Werk ist, kennt sich die Welt der Guten wieder aus: Das negative Abziehbild des Guten hat keinen anderen Sinn und Zweck als dieses Gute zu vernichten; es ist Aufgabe und Recht der Guten, dasselbe umgekehrt zu tun. Nun weiß auch Breivik, dass man Kinder nicht „einfach so“ umbringt; er nennt seine Tat selbst ein furchtbares Menschenopfer. Aber er bringt ja nicht Kinder um, weil sie Kinder sind, sondern, wie er sagt, „gehirngewaschene“ Jungsozialisten und Multikulturalisten. Zur Verbannung der Tat aus dem Kosmos des Politischen und Nationalen ist es eben schöner, bei den Opfern nur Kinder und beim Täter nur den Kindermörder zu sehen, und dem Guten, für das seine Opfer stehen, das ebenso grund- und ziellose, selbstzweckhafte Böse entgegenzustellen.

So schön die beiden Varianten der absoluten Ausgrenzung der Tat aus dem Bereich der bekannten Zwecke und erklärbaren Handlungen sich ergänzen, zwischen ihnen entsteht eine Kontroverse, die wiederum das Feuilleton bereichert: Wenn er wahnsinnig ist, kann er nicht böse sein – und umgekehrt. Ist es besser, im Interesse einer Verurteilung dem Massenmörder Verstand zuzubilligen, oder muss im Interesse der vollständigen Trennung der Tat von unserer Welt auf eine Verurteilung verzichtet werden?

Zeitungsleute, die sich eher dem linken und kritischen Lager zurechnen, halten die Ausgrenzung des verrückten Einzeltäters für eine große Verharmlosung. Damit unterschätze man die Bedrohung und wolle nur die geistige und politische Umwelt reinwaschen, aus der so etwas hervorgeht: Breivik – so die mehrfach benutzte Formel – kommt „aus der Mitte der Gesellschaft“, repräsentiert die „Normalität des Internet“; das ausländische und islamfeindliche Milieu, bei dem er sich intellektuell bedient und abschreibt, ist längst über eine Blogger-Szene hinaus. Überall in Europa, besonders in den skandinavischen Ländern, reüssieren rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien bei Wahlen, regieren mancherorts sogar mit und das unter Parolen, die nicht anders gegen Islam und Überfremdung hetzen als Breiviks Manifest. Die Schweden-Demokraten, die „wahren Finnen“, die norwegische Fortschrittspartei, bei der Breivik zeitweise Mitglied war, die däni-

sche Volkspartei, der Niederländer Geerd Wilders, die FPÖ in Österreich und so weiter werben für sich mit dem Kampf gegen den Bau von Moscheen, für das Kopftuch-Verbot und mit Wahlplakaten wie: „Abendland in Christenhand!“ (FPÖ).

Mit der Verortung des Attentäters in seinem Milieu ist das politische Ernstnehmen des Attentats allerdings auch schon erledigt; man besteht darauf, dass der Irrweg keine individuelle Verrücktheit ist, sondern eine verbreitete. Ihre Entdeckung nämlich, dass die Rechtspopulisten „aus der Mitte der Gesellschaft“ kommen, verführt kritische Journalisten keineswegs dazu, für sie eine Erklärung in dieser Gesellschaft und ihrer Politisierung zu suchen, sondern fordert auch sie zu nichts als empörter Verständnislosigkeit und Ausgrenzung heraus. Die ist ja auch billig zu haben: Wenn man bei Breivik und Gesinnungsgenossen nicht die Anknüpfung an die Rechtfertigungen des Antiterrorkrieges sehen will, die auch liberale und linke Redaktionen stets gebilligt haben, sondern nur den Gegensatz zum zivilen Umgang europäischer Regierungen mit moslemischen Einwanderern, dann sieht man eben nur die Differenz: Was sich da am rechten Rand als Patriotismus aufspielt, ist, so die leichte Erkenntnis, nicht der unsere. Alles Abweichende dieses aggressiven Nationalismus wird als Beweis genommen, dass es kein echter, ernst zu nehmender, auf die Bedürfnisse unserer Gemeinwesen irgendwie antwortender Nationalismus ist, sondern nichts als ideologische Verblendung, grundloser Hass, selbst eine Art psychischer Entgleisung.

Statt für eine Erklärung des Attentats interessiert sich dieses Spektrum für seine Benutzung zur weiteren Ausgrenzung der

ohnehin ausgegrenzten Rechtsradikalen: Gerade weil man weiß, dass sie ein Bedürfnis im Volk bedienen, nutzt man die Gelegenheit der monströsen Tat, um sie von ihrem Umfeld zu isolieren: Die Tat, hinter die sich niemand stellen kann, bringt das Milieu in Misskredit, dem der Täter entstammt. Mit ihr kann man die Rechten – wieder einmal – als Schaden und Schande für ihre Vaterländer, als eigentlich un-nationale Elemente an ihrem eigenen Maßstab blamieren. Ihre Organisationen sind in der peinlichen Lage, sich distanzieren, also eine Verwandtschaft zu dem Monster einräumen zu müssen.

Andere Journalisten nehmen das Wort von der „Mitte der Gesellschaft“, aus der Breiviks Denken stammt, noch ernster und erinnern an islamfeindliche Äußerungen nicht vom rechten Rand, sondern von Vertretern der staatstragenden Parteien. Gab es im Zuge der Terrorfahndung nicht generell die Gleichsetzung von Islam und Islamismus? Wurde den Einwanderern nicht die Übernahme „abendländischer Werte“ sowie der „christlich-jüdischen Leitkultur“ abverlangt, wenn sie nicht gleich als feindlicher Fremdkörper behandelt werden wollten? Es ist diesen Journalisten kein Geheimnis, an welche Punkte der nationalen Agenda einer wie Breivik anknüpft. Sie stoßen so auf das hohe Gut, das er mit der ganzen über ihn erschrockenen Gesellschaft teilt: die nationale Identität, die Definition des völkischen Kollektivs, dem sein Staat verpflichtet ist, und die Abgrenzung dieses Kollektivs gegen die Anderen, gegen die es sich zu behaupten hat. Und dann verspüren sie keinerlei Bedürfnis, sich zu erklären, was für eine Gesellschaft das ist, die sich so abgrenzend definiert, geschweige denn, was das für ein Kriterium ist, mit dem diese Gesellschaft sich von anderen vor-

teilhaft unterscheiden und von ihnen abgrenzen will – sie sind zufrieden, wenn sie Schuldzuweisung und Ermahnung zu Papier bringen:

„Bevor die bürgerliche Mitte nach allen möglichen Verboten ruft, sollte sie sich ihre eigene Fremdenfeindlichkeit verbieten; und sich ihre nicht nur klammheimliche, sondern unheimliche Freude an aggressiv anti-islamischen Schriften versagen. In fast allen europäischen Gesellschaften greift so etwas wie eine anti-koranische Tollwut um sich.“ (SZ 29.6.11)

Demokratiewächter Prantl wendet sich diesmal gegen ein Verbot rechtsradikaler Parteien; so ist nicht zu heilen, was längst in der Mitte der Gesellschaft Fuß gefasst hat: etwas, das er hinreichend bestimmt findet, wenn er es eine Krankheit nennt, eine Abweichung vom Gesunden, Richtigen. Die Absurdität, die ganze Gesellschaft als Abweichung aufzufassen – wohl von sich selbst –, ist offenbar das Äußerste an Kritik, das er im Repertoire hat.

Die einen verstehen Breivik überhaupt nicht und rechnen ihn unter die Irren, die anderen verstehen ihn als Symptom des rechten Ungeists, den sie überhaupt nicht verstehen können, die dritten verstehen die ganze Mehrheitsgesellschaft nicht mehr, zu der er passt – drei Varianten desselben Beschlusses, auf die eigene geistige Heimat nichts kommen zu lassen: Aus dem von allen Kritikern geteilten Selbstverständnis, Höhe- und Endpunkt des politisch-moralischen Fortschritts zu sein, kann so einer wie Breivik unmöglich hervorgegangen sein.

„Brauner Terror“ gegen Zuwanderer nach Deutschland: Wie und warum konnte es dazu kommen angesichts der rechtsstaatlich einwandfreien Ausländerpolitik in unserer wehrhaften Demokratie?

„Brauner Terror“, heißt es, liegt dann vor, wenn deutsche Rechtsextremisten aus dem Untergrund heraus über mehr als ein Jahrzehnt in ihrem fanatischen Ausländerhass türkische Dönerbuden- oder Kioskbesitzer gezielt töten und wieder abtauchen. Das tun sie, ohne in Bekennerschreiben extra darauf hinzuweisen, dass für sie jeder in Deutschland lebende Türke oder Grieche einer zu viel ist.

Nicht von „Terror“, geschweige denn von „braunem“, kann die Rede sein, wenn im Vollzug der geltenden Gesetze und Verordnungen gegen unerwünschte Einwanderung um Europa eine „Mauer“ gezogen wird. Diese „Mauer“ soll den Zuzug von *unerwünschten* Ausländern verhindern und an ihr verrecken jährlich Hunderte von Ausländern jämmerlich – zu Lande, aber vor allem im Wasser des Mittelmeers. Diese Leute sind Opfer einer *demokratischen Ausländerpolitik*. Diese produziert mehr Leichen als die Rechtsterroristen, aber – und das ist der entscheidende Unterschied – ihre Gewalt beruht auf Gesetzen, die in ordentlichen demokratischen Verfahren zustande gekommen sind, sie ist also *legitim*.

Deswegen gerät das Wirken der Administration nie unter den *Terrorverdacht*, auch nicht, wenn Menschen mit fremder Staatszugehörigkeit auf der Grundlage des Ausländergesetzes hierzulande das Leben so schwer gemacht wird, dass sie entweder freiwillig wieder in jene Regionen zurückkehren, in denen sie um ihr Leben fürchten mussten, oder sich hier umbringen. Im Unterschied zum rechtsextremistischen Terror, der unterschiedslos alles Nichtdeutsche ins Visier nimmt, hat der deutsche Staat auch Verwendung für ausländisches Menschenmaterial, falls es gebraucht wird, sich für Deutschland nützlich macht und nicht unangenehm auffällt. In allen anderen Fällen geht die Administration gegen „unerwünschte“ Ausländer vor, ohne dass ihr Wirken in Terrorverdacht geriete, auch dann nicht, wenn Menschen, die sich hier illegal aufhalten, erst in Ausländerbaracken konzentriert, dann in Abschiebegefängnisse überführt und schließlich gefesselt per Flieger wieder dorthin verfrachtet werden, wo sie es nicht ausgehalten ha-

ben.

All diese rücksichtslos gegen Leib und Leben von Ausländern durchgeführten Maßnahmen zeugen also erstens nicht von *fanatischem Ausländerhass*, sondern von *politisch kalkulierter Ausländerfeindschaft*. Diese Ausländerfeindschaft wird zweitens ganz sachlich auf der Grundlage von Recht und Gesetz exekutiert. Die ausländerfeindlichen Maßnahmen passieren drittens nicht aus dem Untergrund heraus, sondern in aller Öffentlichkeit im polizeilichen Obergrund. Und sie sind viertens regelmäßig mit „Bekennerschreiben“ versehen die in allen deutschen Tageszeitungen als Informationen der Innenminister über neue Maßnahmen zum Schutz der Heimat vor illegalen Ausländern und als Statistiken über deren erfolgreiche Durchsetzung zu lesen sind.

Die öffentliche und politische Aufregung über die Mordtaten der rechtsextremen Gruppe konzentriert sich deswegen auch ganz auf die Frage, wie es denn sein kann, dass so ein Trio, das dem Thüringer Verfassungsschutz vorher schon bekannt war, vor seiner geplanten Verhaftung abtauchen und dann jahrelang unerfasst seinem selbst gewählten Auftrag nachgehen konnte, in der deutschen Heimat Ausländer umzubringen? Welche Behörde da versagt hat? Welchen Spuren man warum keine Bedeutung beigemessen hat? Oder ob da der Verfassungsschutz vielleicht sogar seine Hände mit im Spiel hatte? All diese Fragen drehen sich nur darum, wieso rechtsextreme Gesetzesbrecher unserer doch sonst so gut funktionierenden Exekutive jahrelang durch die Finger schlüpfen konnten. Das ist eine Themenverschiebung – an der arbeiten sich die Medien von „Bild“ bis „Spiegel“, von FAZ bis SZ begeistert ab: Wie effektiv sind unsere Verfassungshüter? Wie gut gerüstet sind unsere Kriminalkommissariate? Wie sehr hindert der Föderalismus die staatlichen Gewaltinstrumente an kooperativem und abgestimmtem Zuschlagen?

Was diese Öffentlichkeit weniger bis gar nicht interessiert, ist die Frage nach dem *Grund* für die fanatische Ausländerfeindschaft jener deutschen Mitbürger, die doch weder zum Verfolgen noch zum

Kasernieren oder Abschieben von Ausländern und erst recht nicht zur Ausübung von Gewalt gegen sie *befugt* sind. Warum hat sich da eine bewaffnete Nicht-Regierungs-Organisation zum Terror gegen Undeutsche entschlossen? Die Täter hielten das für geboten, weil ihres Erachtens ein Staatsnotstand vorliegt: dergestalt, dass die Staatsgewalt im Umgang mit den Ausländern nicht das Nötige unternimmt – und dagegen muss die Privatinitiative mit drastischen Maßnahmen einschreiten. Daher übten diese Staatsbürger selbst den Terror gegen die viel zu rücksichtsvoll behandelten Fremden aus, zu dem nach ihren Maßstäben die Staatsgewalt verpflichtet wäre.

Den Protagonisten der angelaufenen öffentlichen Debatten kommt freilich auf gar keinen Fall in den Sinn, dass hier vielleicht gut erzogene Deutsche politisch aktiv geworden sind. Leute, die von ihren Regierungen gelernt haben, dass „das Boot voll ist“, dass zu viele Ausländer „das deutsche Volk durchrassen“, die deswegen die Parole „Lieber Kinder statt Inder“ für angesagt halten und die schließlich jenen Vertretern demokratischer Parteien zustimmen, die nicht nur Bedenken gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft anmelden, sondern allen Integrationsbemühungen am liebsten eine Absage erteilen würden usw. Enttäuschte Nationalisten also, die den ihrer Auffassung zufolge unzureichenden Schutz des deutschen Volkstums vor Ausländern selbst in Hand genommen haben.

Darin folgen sie dem Vorbild jener Deutschen, die einst in Hoyerswerda, Mölln oder Solingen Ausländerwohnheime und Wohnungen abgefackelt haben. Nur eben geplant und organisiert aus dem Untergrund heraus, wohl wissend, dass zur Tötung von Ausländern Privatmenschen nicht befugt sind. Aber im Recht fühlen sie sich allemal: als Deutsche eben, die jahrelang mit dem Urteil konfrontiert worden sind, dass Ausländer hier eigentlich nichts zu suchen haben und dass deswegen über jede Ausnahme lange debattiert werden muss, ehe sie penibel in Paragraphen umgesetzt wird. Und deswegen teilen sie auch den Standpunkt so vieler deutscher Vaterlandsfreunde, die

sich diesen Verdacht gegenüber allem Ausländischen in eine Schuldfrage übersetzt haben: Schuld an Arbeitslosigkeit und Verarmung, an Drogenkriminalität und „Parallelgesellschaften“, die in Deutschland Unordnung, Verwahrlosung und Volkszerrüttung anrichten, haben dann eben erstens die Ausländer und zweitens deutsche Politiker mit ihrer verfehlten Ausländerpolitik.

Kritische Demokraten wie der uner-schütterliche Rechtsstaatsidealist Heribert Prantl von der „Süddeutschen Zeitung“ oder der grüne Politiker Cem Özdemir haben sofort eine aparte Variante dieser quer durch die politischen Lager vorgenommenen Themenverschiebung auf Lager: Sie sehen den Grund für die Panne der staatlichen Exekutivbehörden darin, dass die „auf dem rechten Auge blind“ sind. Laut SZ vom 19. November

„kursiert die Vermutung, der Verfassungsschützer an sich empfinde mehr Sympathie für einen Rechten als für einen Linken.“

Nichtsdestotrotz präsentieren sich selbst Liberale und Linke als Freunde des Zuschlagens staatlicher Gewalt gegenüber politisch unerwünschten Gruppierungen –

nur muss die eben gerecht erfolgen. Gegen Anarchisten wie einst die RAF und andere Linke, die sich etwas gegen Regierung und Staatsgewalt herausnehmen, haben Verfassungsschützer und Polizeiorgane beide Augen offen. Das geht für sie im Prinzip in Ordnung, macht es aber notwendig, die Rechtsextremen mit derselben staatlichen Aufmerksamkeit zu beglücken. Mit der FDP-Ministerin Leutheusser-Schnarrenberger meinen sie, dass „die Politik die Dimension des Rechtsextremismus unterschätzt“ habe. Sie fordern endlich Gerechtigkeit beim Rechtszugriff gegenüber linken und rechten Abweichungen vom demokratischen Konsens.

Und schließlich führt die öffentliche Analyse über Ursachen und Bekämpfung des Rechtsterrorismus wieder einmal zum Ruf nach einem erneuten Antrag zum Verbot der NPD. So auch Prantl in der SZ vom 14. November. Er ist dafür, „wenn es wirklich so ist, dass diese Partei Gewalttaten befördert“. Ob sich dieser Freund der wehrhaften Demokratie im Klaren darüber ist, dass er mit der Parteinahme für ein Verbot all jener politischen Parteien, die nicht mit einer tiefen Verbeugung vor der Demokratie antreten, einen

staatlichen Umgang mit dem politischen Gegner empfiehlt, der in jenem System an der Tagesordnung war, dessen terroris-tische Fans ihn gerade so in Rage bringen? Und hat er einmal darüber nachgedacht, wen es alles zu verbieten gälte, wenn er sein eigenes Diktum ernst nähme, demzufolge ein Verbot all jene Parteien zu treffen habe, die „Gewalttaten befördern“? Da hat er nicht recht aufgepasst. Sagen wollte er, dass ein solches Verbot nur jene Parteien treffen möge, die *unbefugt* Gewalttaten befördern. Befugte Gewalttäter sind natürlich keine, sondern heißen Verteidiger von Freiheit bis zum Hindukusch, Schützer der Heimat vor den Feinden des Staates, Sicherer der (europäischen) Grenzen vor unerwünschten Ausländern, Bewahrer der inneren Ordnung gegenüber allen ihren Kritikern, Wächter über das Privateigentum an Kapital, Anwälte der Rechtsordnung, Kämpfer gegen Unrechtsstaaten usw. Also alles verantwortungsbewusste demokratische Politiker, die sich ihr Volk zur Gewaltausübung nicht bloß gegen Ausländer, sondern auch über die Inländer gewählt hat.

Für Leute, die daran interessiert sind, sich intensiver mit dem „Kapital“ von Karl Marx auseinanderzusetzen, bietet der GEGENSTANDPUNKT einen Kapitallesekreis an:

Lesekreis Karl Marx „Das Kapital“ (Band 1)

An dem Kapitalismus, den Marx in der Phase seines Entstehens analysierte und kritisierte, hat sich seit seinen Tagen dies und das, aber nichts Wesentliches geändert: Immer noch ist die Vermehrung des Geldes der beherrschende Zweck, für den gearbeitet wird – und das ist keineswegs ein geschickter Umweg zur Befriedigung der Bedürfnisse; noch immer sind die arbeitenden Menschen Kostenfaktor, also die negative Größe des Betriebszwecks; noch immer findet die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit, also der größten Quelle des materiellen Reichtums ausschließlich statt, um Löhne zu sparen und Arbeitskräfte zu entlassen – also um den Arbeiter ärmer zu machen.

Diese Aktualität seiner Analyse verdient es, dass man sich mit ihr auseinandersetzt. Seine Bücher helfen, die ökonomische Wirklichkeit des globalisierten Kapitalismus des 21. Jahrhunderts zu erklären. Dazu soll der – längerfristig angelegte - Lesekreis dienen, der für alle Interessierten offen ist. Vorkenntnisse sind dafür nicht vonnöten. In ihm soll es darum gehen, Schritt für Schritt Marx' Hauptwerk „Das Kapital“ erstens nachzuvollziehen und zweitens eingehend zu prüfen. So werden wir uns in den nächsten Sitzungen ausführlich mit dem Produktionsprozess von Waren beschäftigen. Darin kommen ungewohnte Gedanken vor über: Gebrauchswert und Tauschwert, konkrete und abstrakte Arbeit sowie über den Arbeits- und Verwertungsprozess – allesamt Bestimmungen, die unsere moderne Welt nicht mehr auseinander halten kann, während sie jedoch tatsächlich die härtesten Gegensätze enthalten.

Treffpunkt:

Philosophische Fakultät (PhilFak),
Wilhelm-Röpke-Straße 6, Foyer am Haupteingang

**Aktuelle Termine unter
www.gs-marburg.de**

Politischer Diskussionskreis des GegenStandpunkt in Marburg zu aktuellen politischen Themen und Themenvorschlägen der Teilnehmer

Kritik, die sich auf Argumente stützt, ist schon seit langem ziemlich aus der Mode gekommen. Kritik im demokratischen Kapitalismus ist nur anerkannt und zugelassen, wenn sie sich als eine unverbindliche Meinung unter vielen konstruktiv im Namen des Allgemeinwohls in die Diskussion einbringt. Gefordert ist dabei, dass man sich parteiisch auf den Standpunkt des Kritisierten stellt und sich Alternativen zu seiner Verbesserung ausdenkt.

Das ist unsere Sache nicht!

Wir sehen gar nicht ein, mit lauter gut gemeinten Vorschlägen zum Gelingen der Dinge beizutragen, die wir kritisieren. Soweit sind wir uns nämlich sicher, dass die Kriege und das Elend dieser Welt ihren Grund nicht im Versagen der Politik haben, dass Arbeitslosigkeit, Ausbeutung in den Betrieben, die Verseuchung der Lebensmittel, von der Luft bis zum BSE-Fleisch, keine Missstände sind und der Fremdenhass mancher Untertanen keine eklatante Abweichung vom von allen geschätzten Patriotismus demokratischer Staaten ist.

All das sind notwendige Folgen der Interessen von Staaten und der von ihnen aufrechterhaltenen Marktwirtschaft, in denen es um so was Triviales wie die Versorgung der Leute gar nicht geht, sondern einzig und ausschließlich um deren Funktionalisierung als Arbeitende und Arbeitslose fürs kapitalistische Wachstum.

Weil man diese Ordnung nicht besser machen kann - im Gegenteil, sie funktioniert uns schon viel zu gut! - haben wir auch keine Verbesserungsvorschläge und keine Ideen für eine alternative Politik. Wir behaupten stattdessen:

Es liegt am System!

Wer darüber mit uns streiten will, der ist eingeladen, zu unserem wöchentlichen politischen Diskussionstermin zu kommen.

Treffpunkt:

Philosophische Fakultät (PhilFak),
Wilhelm-Röpke-Straße 6, Foyer am Haupteingang

**Aktuelle Termine und Themen unter
www.gs-marburg.de**

Eingeladen sind alle, die Zeit und Interesse haben.